

Landesinfo Baden-Württemberg



Niedriglohn

Für gesetzlichen Mindestlohn! Seite 5

Schulpolitik in BaWü

Soziale Gerechtigkeit in der Bildung: mangelhaft Seite 9

EU-Vertrag

Europa mitbestimmen! Referendum! S. 12

NoNPD

Linksjugend [solid] ist aktiv Seite 14

Kommunalhaushalte

LINKE-Stadträte fordern Vorrang für Soziales Seite 17

Landesparteitag 20./21.10.

Wahlen, Beschlüsse und Reden Seite 3 und 20

Inhalt

■■■ Ulrich Maurer: Münteferings Rücktritt	4
■■■ Michael Schlecht: Gegen Niedrig- löhne – für gesetzlichen Mindestlohn	5
■■■ Heike Hänsel: Entwicklungspolitik als Friedenspolitik	6
■■■ Rems-Murr: Gegen Krankenhaus- privatisierung	7
■■■ Bildungspolitische Konferenz der LINKEN	9
■■■ Heike Hänsel: Entwicklung braucht eine andere Politik	11
■■■ Europa mitbestimmen! Referendum jetzt!	12
■■■ Tobias Pflüger: EU und Nato – Brüder im Geiste	12
■■■ Konstanz: Auftaktveranstaltung gegen Neonazis	14
■■■ Die Linke an Kocher und Jagst fordert Tariftreue	16
■■■ Freiburg: Mehr direkte Demokratie	16
■■■ Dokumente vom Landesparteitag	20

Erholsame Feiertage!

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freundinnen und Freunde

Im Sommer 2005 wurden die Weichen für einen Zusammenschluss der beiden Parteien PDS und WASG gestellt und in diesem Jahr konnten wir diesen Verschmelzungsprozess erfolgreich abschließen. Die vielen Neueintritte in die neue Partei DIE LINKE und die Ergebnisse in den Meinungsumfragen zeigen, dass dieser Weg richtig und notwendig war, um mit einer vereinigten LINKEN den Siegeszug der neoliberalen Ideologie zu stoppen. Es ist erstaunlich, in welcher kurzer Zeit eine Änderung des politischen Denkens eintrat. „Deutschland rückt nach links“ oder ähnliche Überschriften waren kurz nach dem Zusammenschluss in den Zeitungen zu lesen. In der Tat, die Mehrheit der Bevölkerung wünscht sich eine Politik, die unseren Zielen, wie sie in den Programatischen Eckpunkten dargestellt sind, sehr nahe kommen.

Wir bedanken uns bei euch allen, dass ihr diesen Weg der Vereinigung mitgegangen und aktiv unterstützt habt. Wir haben damit die Basis für die vor uns liegende, sicher erfolgreiche aber auch anstrengende Arbeit gelegt. Wir müssen den Menschen verdeutlichen, dass wir es sind, die ihre Interessen am besten vertreten.

Im kommenden Jahr werden wir die begonnene Kampagne gegen Niedriglöhne und Leiharbeit und für einen gesetzlich garantierten Mindestlohn fortsetzen. Wir wollen unsere Alternativen zur grenzenlosen Globalisierung und zu einer Außenpolitik, die auf Ausbeutung und Krieg basieren, überzeugend darstellen und wir werden uns gegen Schäubles Überwachungsstaat wehren. Wir werden uns für einen sozial gerechten und effektiven ökologischen Umbau unserer Wirtschaftsweise engagieren, denn soziale Gerechtigkeit und die Vermeidung von Kriegen zur Rohstoffsicherung sind nur möglich, wenn ein extremer Klimawandel verhindert wird und wir mit immer weniger Rohstoffen auskommen.

Eine wichtige Aufgabe im kommenden Jahr ist auch die inhaltliche und organisatorische Vorbereitung auf die Wahlkämpfe des Jahres 2009, insbesondere auf den Kommunalwahlkampf.

Wir bauen auf das Engagement von euch allen, denn wir alle wissen worum es geht. Wir wissen, dass eine andere Welt, eine andere Gesellschaft möglich ist, aber nur wenn wir sie erkämpfen; geschenkt bekommen wir sie nicht. Da wir nicht mit einer großen Unterstützung der Medien rechnen können, kommt es vor allem auf unsere Kreativität und unseren persönlichen Einsatz an.

Unsere Aktivitäten kosten auch Geld. Da wir nicht wie die anderen Parteien von den Konzernen abhängig werden wollen, sondern in finanzieller Unabhängigkeit unsere Politik des Friedens, der sozialen Gerechtigkeit, der Zukunftsfähigkeit verwirklichen wollen, sind wir auch auf eure finanzielle Unterstützung angewiesen. Vermutlich wegen der Umstellung der Beitragsüberweisung haben viele Mitglieder ihren Beitrag für das Jahr 2007 noch nicht überwiesen. Wir bitten euch, dies gleich nachzuholen.

Die Bankverbindung lautet: DIE LINKE BW, Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70, KontoNr. 289 582 700. Spenden sind ebenfalls willkommen.

Wir wünschen euch allen erholsame Feiertage und ein gutes, erfolgreiches neues Jahr!

Franz Groll für den geschäftsführenden Landesvorstand

Das nächste Landesinfo erscheint im Februar 2008.

Redaktionsschluss für das Landesinfo 1/2008 ist der 22. Januar 2008

Wir freuen uns über jeden eingesandten Artikel, bitten aber darum, diese nicht länger werden zu lassen als ca. 5000 Zeichen. Fotos und Karikaturen sind sehr willkommen. Einsendungen bitte an die Landesgeschäftsstelle der LINKEN.

Beilagenhinweis: Broschüre „Gute Arbeit – Gutes Leben“ und „Klar“, Zeitung der Linksfraktion im Bundestag.

Bezug

Das Landesinfo ist das Informationsorgan der Partei DIE LINKE. Baden-Württemberg. Es erscheint fünfmal im Jahr. Der Bezug des Landesinfo ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Impressum

Herausgeber und Verlag:

DIE LINKE. Baden-Württemberg, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart, Tel. 0711-241045, Fax 0711-241046, e-mail: info@linke-bw.de

Redaktion

Ute Gsöls-Puhl, Barbara Hoffmann, Alfred Küstler, Dirk Spöri, Bernhard Strasdeit (verantw.), Lars Stern und Matthias Paykowski. Für Antragsmaterialien, Mitteilungen, Protokolle und Adressen ist der Landesvorstand verantwortlich. Inhaltliche Beiträge, LeserInnenbriefe, Stellungnahmen usw. sind herzlich willkommen. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.

Herstellung und Druck

GNN-Verlag, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, e-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Hier ist DIE LINKE. Baden-Württemberg

Erfolgreicher Landesparteitag

Am 20. und 21. Oktober 2007 fand im Stuttgarter Gewerkschaftshaus der erste Landesparteitag der Partei DIE LINKE in Baden-Württemberg statt. Über 190 Delegierte aus den 36 Kreisen und dem Jugendverband sowie viele Gäste nahmen daran teil. Der Beschluss über die Gründung des Landesverbandes und

die Anerkennung der 36 Kreisverbände wurde einstimmig gefasst. Neben politischen Positionsbestimmungen wurde eine Satzung und Finanzordnung verabschiedet. Gewählt wurden ein 18-köpfiger Landesvorstand, eine Landesschiedskommission sowie vier Vertreter/innen für den Bundesausschuss. Der beschlossene Leitantrag und die Auftaktrede von Bernd Riexinger sind



Im Bild der neu gewählte Landesvorstand. Von den 18 VorständlerInnen fehlt Gregor Mohlberg. Man sieht ihn demonstrierend auf dem Titelphoto ganz links.

im Dokumententeil des Landesinfos abgedruckt.

Die Wahlen zu den Gremien erbrachten folgende Ergebnisse:

Geschäftsführende Landesvorstandsmitglieder sind: Franz Groll (Calw), Elke Lison (Reutlingen), Bernd Riexinger (Stuttgart), Ursula Schorlepp (Stuttgart), Bernhard Strasdeit (Tübingen), Christoph Cornides (Landesschatzmeister, Mannheim). Weitere Mitglieder des Landesvorstandes sind: Annette Groth (Stuttgart), Jürgen Gulden (Weinheim), Ute Gsöls-Puhl (Karlsruhe), Susanne Kempf (Ostalb), Gudrun Kuch (Mannheim), Gregor Mohlberg (Freiburg), Reinhard Neudorfer (Waiblingen), Silvia Ofori (Schwäbisch-Hall), Anne Rahlfs (Stuttgart), Sabine Rösch-Dammenmiller (Göppingen), Dirk Spöri (Freiburg), Stefan Straub (Reutlingen). Beratende Beisitzer (gewählt aus dem Jugendverband) sind: Benjamin Brusniak (Stuttgart); Christoph Ozasek (Ravensburg).

Dem Bundesausschuss gehören aus Baden-Württemberg an: Annette Groth, Elke Lison, Hasso Ehinger, Dirk Hoerber. In die Landesschiedskommission wurden gewählt: Rita Bayer (Sindelfingen), Jutta Graf-Baier (Mannheim), Anita Schmidt (Külshiem-Uissigheim), Joachim Buchholz (Leimen), Andreas Burger (Dettenheim), Wolfgang Hoepfner (Stuttgart).

Als Finanzrevisoren wurden bestimmt: Renate Flühr und Herbert Eckhoff.

Anlässlich des Gründungsparteitages der LINKEN in Baden-Württemberg ist Sybille Stamm aus der SPD aus- und der Linken beigetreten. (Interview im Neuen Deutschland vom 3.11.07)

Das schlechte Gewissen der SPD?

• Frau Stamm, was hat Sie dazu bewogen, die SPD zu verlassen?

Mein Übertritt geschah aus zwei Gründen. Mit der Agenda 2010 betreibt die SPD eine Entsozialdemokratisierung ihrer selbst. Die Politik dieser Agenda steht für einen Systemwechsel weg vom Sozialstaat zum neoliberalen, marktradikalen Staat. Nie zuvor gab es in der Bundesrepublik eine solch große Schere zwischen Arm und Reich, und das nehme ich der Sozialdemokratie außerordentlich übel.

Nun gibt es mit der neuen LINKEN zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik die große Chance, eine starke Kraft links von der SPD zu schaffen. In gewisser Weise könnte man derzeit auch von einer historischen Notwendigkeit sprechen. An diesem Prozess möchte ich gern mitarbeiten.



• Was reizt Sie besonders an der LINKEN?

Mich interessiert das Projekt eines demokratischen Sozialismus, und es reizt mich, junge Leute für eine Politik der sozialen Gerechtigkeit und für eine Veränderung in unserer Gesellschaft zu gewinnen.

• Gibt es persönliche Schwerpunkte, die Sie besetzen wollen?

Das kann ich noch nicht sagen. Ich muss mir erst einmal anschauen, wie sich das linke Projekt hier in Baden-Württemberg entwickelt und was politisch möglich ist.

• Welches Signal setzt Ihr Übertritt für die Gewerkschaften in Baden-Württemberg?

Das Team, das die Verdi-Politik seit der Gründung 2001 bestimmt hat, steht ohnehin links. Deshalb wird mein Übertritt dort kaum Erstaunen hervorgerufen haben und wird sicher auch die Politik

von Verdi Baden-Württemberg nicht ändern. Ich könnte mir aber vorstellen, dass es einen Kick gibt für Personalräte, Betriebsräte, Vertrauensleute oder auch Hauptamtliche, die sich sagen „die Stamm hat den Schritt gemacht, jetzt mach ich das vielleicht auch“.

• Was erwarten Sie sich von dem neuen Landesverband der LINKEN?

Soweit ich es bisher beobachten konnte, ist die LINKE hier stark gewerkschaftspolitisch orientiert und relativ gut aufgestellt. Ich erwarte insgesamt, dass sich die LINKE bei der Vorbereitung der Kommunalwahlen und der Bundestagswahl 2009 gut platziert und deutlich über fünf Prozent der Stimmen bekommt. Außerdem könnte sie in der Bundestagswahl so etwas wie das schlechte Gewissen der SPD werden. Eine starke LINKE hätte außerdem die Kraft, die Linke in der SPD zu stärken.

Auf Bundesebene sehen wir das derzeit schon bei der Diskussion um das

Arbeitslosengeld I. Sicher ist das nur ein kleiner Bereich der Agenda 2010-Politik, aber es ist ein erster Schritt, an dem die SPD endlich einlenkt, weil sie sieht, dass ihr immer mehr Mitglieder weglauen und viele davon sich ja auch für die LINKE entscheiden.

• Was geben Sie der SPD mit auf den Weg?

Sie muss schleunigst eine neue Phase der Kapitalismuskritik einläuten, um sich darüber klar zu werden, wie verheerend die Wirkungen der Agenda 2010-Politik sind. Wer sich die Zahlen genau anguckt, der weiß, es ist Gesundheitsbetriebe, zu sagen, der Wirtschaftsaufschwung habe mit der Agenda 2010-Politik zu tun. Das ist schlicht falsch! Auch die Tatsache, dass mehr ältere Arbeitslose jetzt in Arbeit kommen, lässt sich nicht darauf und auch nicht auf die Hartz-Gesetze zurückführen.

Ich gebe der SPD deshalb mit, sich schleunigst mal genau die Wirklichkeit anzugucken, auf sich wirken zu lassen und eine Kehrtwende von der Politik der Agenda 2010 zu machen.

(Fragen: Ina Beyer)

Oskar Lafontaine: Überhöhte Managergehälter drastisch besteuern

Zur andauernden Debatte um überhöhte Managergehälter erklärt Oskar Lafontaine, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE:

Nun haben auch CDU und SPD das Thema „überhöhte Managergehälter“ für sich entdeckt. Noch vor wenigen Tagen hatten beide im Bundestag einen entsprechenden Antrag der LINKEN in namentlicher Abstimmung abgelehnt und eine Begrenzung der Managergehälter in Bausch und Bogen verdammt.

Jetzt fordert Arbeitsminister Scholz die Kanzlerin auf, ihren Worten vom CDU-Parteitag Taten folgen zu lassen und Managergehälter zu begrenzen.

Er tut dies obwohl er genau weiß, dass Angela Merkels Parteitagsgerede einfach nur unglaubwürdig und bewusste Wählertäuschung war.

Auch die SPD bleibt beim Umgang mit überhöhten Managergehältern unglaubwürdig.

Wenn sich die Koalition nicht dazu entschließen kann, die Managergehälter zu begrenzen, dann muss zumindest der Spitzensteuersatz für Gehälter, die das 20-fache des Durchschnittslohnes überschreiten, drastisch erhöht werden.

Das wäre ein geeignetes Mittel, um der Schamlosigkeit der DAX-Vorstände Einhalt zu gebieten.

Ulrich Maurer (MdB):

Münteferings Rücktritt – und was die SPD daraus lernt ...

Liebe Genossinnen und Genossen, ich kann Euch beruhigen, und wieder einmal meine Entscheidung vom Mai 2005 bestätigt sehen, denn die Antwort lautet schlicht und ergreifend: rein gar nichts!

Ich möchte gar nicht auf den privaten Hintergrund, als viel mehr auf die unmittelbare politische Vorgeschichte und die nachfolgende Neubesetzung von Münteferings Posten eingehen, die nur allzu gut das Spiegelbild dessen wiedergeben, was die SPD heute nur noch ist.

Am Montagabend trafen sich also unsere Regierungsparteien zum Koalitionsausschuss, der am Ende ein Debakel für die SPD-Bundestagsfraktion darstellte. Postmindestlohn, Bahn Privatisierung, etc. – um es kurz zu machen, sie erreichten eine Verlängerung des ALG I für ältere Arbeitnehmer, was ich für äußerst wichtig erachte, sich allerdings als Armutszeugnis für die hehren Ziele der SPD-Fraktion erweist. Münteferings Schritt zurückzutreten, wenn auch aus privaten Gründen, ist trotz allem politisch konsequent. Erst die Schmach vor dem Parteitag von Kurt Beck persönlich politisch abgewatscht, von der Basis gefeiert, von Altkanzler Schröder in die Schranken gewiesen zu werden und dann noch der Koalitionsausschuss: Gescheitert an der Durchsetzung seiner Programmpunkte, von denen er vor einem Jahr noch nicht wusste, dass er



sie je vertreten müsste. – Die Nachfolger Olaf Scholz als Arbeits- und Sozialminister und Frank-Walter Steinmeier als Bundesvizekanzler, die Münteferings neoliberalen Kurs in nichts nachstehen, sowie der neue Parlamentarische Geschäftsführer Thomas Oppermann.

Thomas Oppermann?

Ich möchte mich den Worten Rudolf Dresslers anschließen, der während der Liveberichterstattung zu Münteferings Rücktritt auf Phoenix sagte, dass er es für bedenklich halte, einen Abgeordneten, der erst seit zwei Jahren Mitglied im Bundestag sei, ein solch wichtiges Amt zu übergeben. Da er Herrn Oppermann überhaupt nicht kenne, ließe dies für ihn nur zwei Schlussfolgerungen zu: Entweder handele es sich bei Herrn Oppermann um einen Überflieger oder aber die Personaldecke der SPD sei so schwach.

Diese Annahme teilen mit Sicherheit viele.

Das Verhängnis der SPD besteht darin, dass die Parteibasis Programme beschließt, an die sich die Abgeordneten nicht halten, da es die Koalition und damit viele Pöstchen und Geld kosten würde. Summa summarum bleibt festzuhalten, die Neubesetzungen offenbaren eine schallende Ohrfeige für all die SPD-Mitglieder, die nach dem letzten Bundesparteitag wieder glaubten, mit der SPD eine linke Politik in Deutschland betreiben zu können.

Euer Uli

Erste Frauenwerkstatt in Esslingen

Auf Einladung des Parteivorstandes haben sich am zweiten Novemberwochenende Frauen der LINKEN aus allen Teilen Deutschlands in Esslingen getroffen, um zu aktuellen Themen und zukünftigen Arbeitsschwerpunkten der Partei Stellung zu beziehen.

Mit Frigga Haug diskutierten sie über einen alternativen Gesellschaftsentwurf, in dem Frauen wie Männer gleichermaßen Erwerbs- und Reproduktionsarbeit leisten, in dem Bildung und Entwicklung der eigenen Persönlichkeit und politische Einflussnahme zu gleichen Teilen wahrgenommen und alle vier Lebensbereiche miteinander verknüpft werden können. Einig waren sich die Teilnehmerinnen, dass die Programmdiskussion mit einer Orientierung auf positive Gegenmodelle für eine lebenswerte Gesellschaft, in der

alle Menschen ein gutes Leben haben können, geführt werden muss. Die Aktivitäten der Partei auf den Politikfeldern Rente, Kinderbetreuung und Mindestlohn wurden einer kritischen Bestandsaufnahme unterzogen und frauenpolitische Interessen dazu formuliert.

Zündstoff lag in der Frage, wie zukünftig Frauen ihre Politik und in welchen Strukturen sie ihren Einfluss auf das Parteileben organisieren wollen.

„Es ist gelungen, Frauen unterschiedlichster Herkunft, aus unterschiedlichen Regionen, aber auch aus den verschiedenen Strömungen innerhalb der Partei zusammenzubringen. Zum Abschluss waren sich alle einig: Wir brauchen weiteren Diskussionsraum und Gelegenheiten zu Debatten untereinander“, so Ulrike Zerhau, stellvertretende Parteivorsitzende.

Die Frauen haben ihren Auftakt gemacht!

Gegen Niedriglöhne – für gesetzlichen Mindestlohn

von Michael Schlecht, Mitglied im Parteivorstand und gewerkschaftspolitischer Sprecher DIE LINKE.

8 Euro und dann schnell 10!

DIE LINKE hat ihre Forderung zum Mindestlohn konkretisiert. Wir wollen einen gesetzlichen Mindestlohn von 8 Euro und dann in schnellen Schritten von 10 Euro!

In den letzten Jahren sind in Westeuropa die Mindestlöhne fortlaufend angehoben worden. Frankreich hat auf 8,44

Anhebung des Regelsatzes auf 420 Euro finanziert werden!

Enteignet Springer!

Bei PIN, TNT und anderen Postdienstleistern ist das Geschäftsmodell auf Lohndumping mit Hungerlöhnen aufgebaut. Und auf verkappten Subventi-

Insolvenz zu erpressen. Ein Skandal ohne Gleichen. Wir müssen wieder intensiver über die Beschneidung wirtschaftlicher Macht diskutieren! Und wenn Springer 9000 Kolleginnen und Kollegen zu Weihnachten mit der Kündigung bedroht oder sogar umsetzt, dann wird eine alte Losung wieder aktuell: „Enteignet Springer“. Denn das Vorgehen von Springer widerspricht unserem Grundgesetz. Eigentum verpflichtet, heißt es dort.

Und die große Koalition hat versagt. Hätte sie längst schon einen gesetzlichen Mindestlohn mit 8 Euro und der Zielmarke 10 Euro beschlossen – wie DIE LINKE es fordert – dann hätten Dumping-Glücksritter es gar nicht erst darauf angelegt mit Hungerlöhnen ihr Geschäft zu machen.

Landes-AG

„betrieb&gewerkschaft“

Arbeitskonferenz gegen Niedriglohn und Leiharbeit

Samstag, 24. November, in der Verdi-Landeszentrale in Stuttgart – Konzentrierte Arbeitsatmosphäre: „Der Hunger- und Niedriglohnsektor wurde herbeireigert durch die Ausweitung der Minijobs, durch Hartz IV mit dem Knüppel, jede Arbeit annehmen zu müssen, durch Befristungen und durch die Ausweitung der Leiharbeit. Armuts- und Hungerlöhne haben so zugenommen, dass man die Forderung nach dem gesetzlichen Mindestlohn gewissermaßen als Notbremse begreifen muss.“ Michael Schlecht ist gut drauf: „Wir unterscheiden uns zur SPD dadurch, dass wir auch die Ursachen des Niedriglohns bekämpfen wollen.“ Vielen ist der Inhalt seines Referats in Teilaspekten geläufig. Doch die ganzheitliche Sicht, die er auf die Probleme wirft, ist für viele völlig neu.

50 Parteimitglieder, vor allem GewerkschafterInnen aus insgesamt 21 Kreisverbänden begrüßten die gründ-



Euro, Großbritannien auf 8,10 Euro und Luxemburg auf 9,08 Euro angehoben.

In Deutschland gibt es über sieben Millionen Menschen mit Hunger- und Niedriglöhnen. Rund drei Millionen verdienen so wenig, dass sie einen Rechtsanspruch auf zusätzliche Leistungen durch das Arbeitslosengeld II haben. Nur 1,3 Millionen machen davon Gebrauch. Rund 500.000 davon arbeiten in Vollzeit.

Faktisch werden so die Unternehmer durch die Sozialkassen subventioniert. Über acht Milliarden Euro kostet das bereits; rund ein Drittel der Gesamtkosten für das Arbeitslosengeld II. In der Vergangenheit ist immer viel über Missbrauch von Sozialleistungen spekuliert worden. Dabei ist klar: Die eigentlichen Sozialschmarotzer sind Unternehmer! Die Unternehmer, die ihren Beschäftigten nur Hungerlöhne zahlen!

Um wirklich mit einem Mindestlohn aus dem Kombilohn Arbeitslosengeld II herauszukommen, reichen weder 7,50 noch 8 Euro. Ist noch eine Familie mit Kindern zu versorgen, sind 10 Euro erforderlich. Auch deshalb die vorgeschlagene Schrittfolge.

Acht Milliarden Euro Subventionen für die Unternehmer lassen sich einsparen. Und mit dem Geld kann die

onen unter dem Deckmantel von Arbeitslosengeld II. Dass Beschäftigte mit Hungerlöhnen Anspruch auf ergänzende Leistungen – die sogenannte Aufstockung – haben, wird von den Unternehmern mit einkalkuliert. Mit einem tariflichen Mindestlohn von acht bzw. 9,80 Euro geht die Rechnung nicht mehr auf. Obgleich diese Löhne immer noch um 25 bis 45 Prozent niedriger liegen als die niedrigsten Löhne bei der Post AG.

PIN und damit Springer versucht die Politik zu erpressen mit dem Rauschmiss von 1000 Beschäftigten. So soll politisch vorgeführt werden, dass der Mindestlohn Arbeitsplätze vernichtet. Auf dem Rücken von Tausenden von Kolleginnen und Kollegen bei PIN. Dabei resultieren die wirtschaftlichen Probleme aus Managementfehlern. Und man muss wissen: Ohne den Postmindestlohn wären bis zu 32.000 Arbeitsplätze bei der Post AG bedroht.

Und Springer versucht die Politik mit der angedrohten



Konzentrierte Arbeitsatmosphäre bei der Anti-Lohndumping-Konferenz



A2 oder A1? - Farbe oder Schwarz-Weiß?: Bei der Anti-Lohndumping-Ausstellung, die ab demnächst den Kreisverbänden zur Verfügung steht, sind die Entscheidungen oft nicht leicht. Ein Ergebnis der Arbeitskonferenz zum Mindestlohn war, dass eine Ausstellung zum Thema erstellt wird. Diese war bei Redaktionsschluss vom Inhalt her fertig, man verständigt sich im Moment darüber, wie wohl die beste technische Lösung aussehen könnte. Die Ausstellung ist anzusehen unter <http://www.bg-lag-bw.de/Themen/Mindestlohn/Poster.pdf>

liche inhaltliche Information und Diskussion. Beratschlagt wurde dann, welche Aktivitäten sich in den Kreisen anbieten.

- Die Idee, eine Wanderausstellung zum Thema für die Kreise zu produzieren, wurde angenommen, so dass wir die Mittel dafür beim Landesvorstand beantragen.
- Die Zeitung „Neue Linke“, die Anfang Dezember erscheint, wird bei den Aktionen eingesetzt. Vier von insgesamt zwölf Seiten beschäftigen sich mit dem Thema Mindestlohn.

- Mehrere Kreise haben sich vorgenommen, Kontakte zu Kirchen und Gewerkschaften aufzunehmen, um gemeinsam die Mindestlohnkampagne zu führen.

Mit der IG Metall, die sich das Thema Leiharbeit vorgenommen hat – die Bezirksleitung macht dazu eine offizielle Zusammenarbeit mit der SPD –, soll örtlich und auf Landesebene Gespräche gesucht werden, um unsere Vorstellungen zur Leiharbeit (Beschluss des Parteivorstandes vom 13.10.2007) zu erörtern.

Hingewiesen wurde dann noch auf die entstehende Homepage der Landes-AG. Hier soll vor allem eine gute Auswahl an Materialien zu finden sein: Vorschläge für Flugblätter, Referate, inhaltliche Texte, Studien. Auch die Power-Point-Präsentation, mit der Michael gearbeitet hat, wird dort zu finden sein. Die Adresse: www.bg-lag-bw.de

Ein weiterer positiver Aspekt der Konferenz war, dass neun Parteimitglieder der Arbeitsgemeinschaft b&g beitraten. Und besonders erfreulich: Eine Teilnehmerin wurde an diesem Tag Mitglied der Partei.

Die Konferenz solidarisierte sich mit den streikenden Verdi-KollegInnen im Einzelhandel. Der Landessprecher der AG, Hasso Ehinger besuchte während der Konferenz die Streikversammlung der H&M-Kolleginnen und hielt dort eine kurze Ansprache.

GDL, Bahnstreik und Tarifautonomie

Auch in der LINKEN gab es in den letzten Wochen eine Debatte über den Streik der Lokführer. Fazit: Lohnerhöhungen ja – eigene Tarifverträge sind dagegen problematisch. Detlef Hentsche schrieb: „Alleingänge schaden auf Dauer allen, langfristig auch Lokführern, Ärzten und Piloten.“ Mit Bernd Riexinger gab es zu dieser Problematik eine gut besuchte Diskussionsveranstaltung des gewerkschaftlichen Zukunftsforums in Stuttgart.

Oskar Lafontaine machte die herrschende Politik dafür verantwortlich, dass die Tarifautonomie auf Seiten der Gewerkschaften immer mehr geschwächt wird.

Zur „Sorge“ des SPD-Vorsitzenden in Bezug auf den GDL-Streik, dass das Streben nach unterschiedlichen Tarifverträgen in einer Branche „eine große Gefahr für die gesamte Tarifautonomie“ darstelle, erklärt der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, Oskar Lafontaine:

„Kurt Beck verwechselt Ursache und Wirkung. Die Tarifautonomie wurde und wird wie die Tarifeinheit seit Jahren von den Unternehmern gefährdet. Das ist gerade erst wieder bei der Post



zu beobachten, wo die von Großverlagen getragenen so genannten neuen Postdienstleister sich sogar eine eigene Gewerkschaft gründen wollen.

Es ist unter diesen Umständen kein Wunder, dass auch auf Arbeitnehmerseite über Konsequenzen aus diesen veränderten Arbeitskampfbedingungen nachgedacht wird. Dass dies nun ausgerechnet bei einem Unternehmen geschieht, dass sich in öffentlicher Hand befindet und in den Verantwortungsbereich eines SPD-geführten Ministeriums fällt, sollte Kurt Beck als Vorsitzendem der Koalitionspartei SPD doch zu denken geben. Im Übrigen unterstützt DIE LINKE die auch von einer breiten Bevölkerungsmehrheit begrüßten Forderungen der Lokführer für eine bessere Entlohnung und vernünftige Arbeitsbedingungen.“

Vorankündigung: Mitgliederversammlung und Konstituierung der Landes-AG betrieb & gewerkschaft

**Samstag, 26. Januar, 10.30–16.30 h,
Karlsruhe, DGB-Haus,
Ettlinger Straße 3A**

- Referat von Sybille Stamm
- Festlegung und Diskussion der Arbeitsschwerpunkte
- Wahl der SprecherInnen

Eine separate Einladung an die Mitglieder ist erfolgt.

Gegen Krankenhausprivatisierung

Bericht von Gabriele Grosse (im „Kreisblättle Rems-Murr“)

Am 19. November führte das Bündnis gegen die Krankenhausprivatisierung eine Veranstaltung mit der Bundestagsabgeordneten Karin Binder im Kameralamtskeller in Waiblingen durch.

Karin bestätigte, dass die Kostenexplosionen in den Krankenhäusern nur vorgeschoben sind und die Verantwortung von den Kommunen abgegeben werden soll. Diese haben durch die Privatisierung keinen Einfluss mehr auf das Geschehen in einem Krankenhaus. Es ist nur noch der Aufsichtsrat zuständig. Unprofitable Stationen werden geschlossen, und die Patienten müssen dadurch schauen, wo sie unterkommen. Das kann im schlimmsten Fall dann in einem Krankenhaus auf der Schwäbischen Alb sein!

Ein weiteres Problem ist das Patientenwohl. Weil gleichzeitig die Häuser in Backnang und Waiblingen geschlossen werden sollen, können Patienten weniger auf Besuch von Angehörigen hoffen. Das verlängert die Zeit des Gesundwerdens. Um Profit zu machen, werden viele Arbeitsplätze von Ärzten und

Pflegepersonal abgebaut. Der Rest des Personals muss mehr Stunden arbeiten zu schlechteren Bedingungen.

Wir alle können uns vorstellen, dass die Patientenversorgung im Krankenhaus dadurch wesentlich zu kurz kommt und ganz schnell ein Ärztemangel besteht, weil diese vielleicht lieber zu vernünftigen Konditionen in der Schweiz oder in England arbeiten. Ein Trend zur Abwanderung kann Deutschland jetzt schon beobachten. Oft werden Angehörige dazu verpflichtet, die Versorgung und die Beobachtung des Patienten im Krankenhaus selbst zu übernehmen.

Auch die Notfallversorgung wird durch Privatisierung betroffen. Was ist, wenn in Auenwald ein/e Mitbürger/in einen Herzinfarkt oder einen Schlagan-

fall erleidet, bei dem jede Minute zählt? Es gibt hier unterschiedliche Meinungen in den Kommunen, wie schnell ein Notfallarzt vor Ort sein soll. Zwischen 7 und 15 Minuten. Eine Feuerwehr muss innerhalb von 7 Minuten am Brandplatz sein! Durch die Privatisierung wird das Gesundheitswesen für den einzelnen Patienten sehr teuer. Einige Behandlungen werden nicht mehr automatisch angewendet. Um diese zu erhalten, muss der Patient tief in die Tasche greifen. Kann er das nicht, geht er leer aus.

Gleichzeitig werden die Patienten zu schnell aus dem Krankenhaus entlassen. Ein Alleinstehender ist dann sich selbst überlassen. Wenn er keine Angehörigen hat, die seine Versorgung übernehmen können, muss er diese selbst organisieren. Aus der so genannten Fallpauschale muss natürlich der größtmögliche Gewinn erwirtschaftet werden. •

Einzelhandelsbeschäftigte wehren sich

(Aus „Seebättle“, Zeitung der LINKE. Liste Konstanz)

Die Wut ist groß bei den Beschäftigten im Einzelhandel. Es wurde ihnen viel zugemutet in den vergangenen Jahren: geringe Lohn- und Gehaltssteigerungen, Verlängerung der Ladenöffnungszeiten rund um die Uhr. Aber ihre Einsatzbereitschaft wird ihnen schlecht gedankt. Denn die Arbeitgeber haben die Tarifverträge gekündigt und weigern sich seit 1. April 2007, ein verhandlungsfähiges Angebot vorzulegen. Verdi fordert eine Tarifierhöhung um 5,5 Prozent, mindestens 100 Euro, sowie ein tarifliches Mindesteinkommen von 1500 Euro. In NRW boten die Arbeitgeber gerade mal 1,7 Prozent mehr Lohn an, was noch nicht mal die Teuerungsrate ausgleicht. In Baden-Württemberg legten sie bislang nichts vor, seit dem Sommer waren sie nicht einmal zu Verhandlungen bereit. Stattdessen legten sie einen umfangreichen Forderungskatalog für Verschlechterungen vor, der vor allem die Streichung der Zuschläge für Spät- und Wochenendarbeit beinhaltet. Sie jammern über die schlechten Erträge im Handel, was für kleine Geschäfte teilweise zutrifft, nicht jedoch bei den großen Handelsketten. Denn immerhin belegen die Gebrüder Albrecht (Aldi), deren Vermögen mit jeweils 16 Mrd. € geschätzt wird, und Dieter Schwarz (Lidl, Kaufland) mit 10 Mrd. € geschätztem Vermögen die ersten drei Plätze im Ranking der zehn reichsten Deutschen. Letzterer erwarb sich nicht zuletzt durch rechtswidrige Ausbeutung der Beschäftigten seinen gigantischen Reichtum, wie die Lidl-Schwarzbücher von Verdi nachwies.

Rechnet man das Angebot von 1,7

Prozent und die verlangten Streichungen gegeneinander auf, so bedeutet das für eine Vollzeitkraft einen Geldverlust zwischen 120 € und 170 €. Werner Wild, stellvertretender Verdi-Landesbezirksleiter, äußerte dazu in einer Pressekonferenz: „Der dreiste Angriff der Arbeitgeber auf unseren Tarifvertrag empört die Beschäftigten in besonderer Weise, weil dadurch eine grobe Missachtung ihrer Würde und täglichen Leistungsbereitschaft zum Ausdruck gebracht werde.“

Kein Wunder, wenn der Einzelhandel jetzt eine Streikwelle erlebt, wie es sie nie zuvor gegeben hat. Bis Ende November beteiligten sich bundesweit 100000 Beschäftigte an über 1500 Streiks. Auf Stuttgarts Haupteinkaufsmeile Königsstraße z.B. beherrschten tageweise die protestierenden Handelsbeschäftigten das Straßenbild. Auch viele jüngere Beschäftigte schlossen sich den Streiks an. Allein aus den drei Stuttgarter H+M-Geschäften beteiligten sich regelmäßig 90 Prozent der Belegschaft.

Die Arbeitgeber zeigten sich bislang unbeeindruckt. Verdi will nun im Weihnachtsgeschäft die Streiks ausweiten und auch zu Wochenstreiks übergehen. Dann wird sich zeigen, ob die Arbeitgeber ihre stoische Ruhe bewahren oder an den Verhandlungstisch zurückkehren. Denn ob sie ihre Gegenstrategie, die Läden mit Leih- und Aushilfskräften offen zu halten, dann noch durchhalten können, ist fraglich. Ob auch in unserer Region mit Streiks zu rechnen ist, dazu haben wir Markus Klemt befragt, der als Gewerkschaftssekretär den Handel im Verdi-Bezirk Schwarzwald-Bodensee betreut. →

Karin Binder trifft NGG-Chef Möllenberg

Zu einem Gespräch traf sich Karin Binder, zuständig für VerbraucherInnenpolitik in der linken Bundestagsfraktion, mit dem Vorsitzenden der Gewerkschaft Nahrungsmittel-Genuss-Gaststätten (NGG) Franz-Josef Möllenberg. Thema war unter anderem der gemeinsame Kampf gegen entwürdigende Niedriglöhne und für einen gesetzlichen Mindestlohn. Die Bundestagsabgeordnete (selbst NGG-Mitglied) sprach auch Verbraucherschutzthemen an wie die Kennzeichnungspflicht von Lebensmitteln, oder Strategien zur Vermeidung von Lebensmittelskandalen. Behandelt wurden auch Fragen der gesunden Ernährung von Kindern.

Aus der Sicht beider Gesprächspartner zeichnet sich eine besorgniserregende Entwicklung ab. Zunehmend leiden Kinder aus armen Familien an ernährungsbedingten Mangelerscheinungen durch unzureichende und unausgewogene Nahrung. Karin Binder betonte, dass ein warmes Mittagessen in der Kindertagesstätte oder in der Schule kostenfrei und vollwertig sein müsse.

Wichtig sei dabei aber auch, dass die Aufträge für die Hort- und Schulküchen nur an Anbieter vergeben werden, die ihre Beschäftigten nach bestehenden Tarifentgelten bezahlen.

Gespräch mit Markus Klemt, Verdi Schwarzwald-Bodensee

Seebälte: Während zum Auftakt der Tarifrunde im Frühjahr die Beschäftigten nur sehr schwer für Streiks mobilisiert werden konnten, beteiligen sich jetzt sogar Betriebe, die noch nie gestreikt haben. Worauf führst Du den Stimmungsumschwung zurück?

Markus Klemt: Wir haben u.a. mit zahlreichen Infoständen frühmorgens vor Arbeitsbeginn die Beschäftigten sensibilisiert und uns über eine Abstimmung auch bei den gewerkschaftlich nicht Organisierten ein Stimmungsbild erstellt. Berichte über Managergehälter, Politikerdiäten, Rekordgewinne oder der



aktuelle Reichtums- und Armutsbericht haben ihre Wirkung nicht verfehlt – die zuletzt veröffentlichte Teuerungsrate von 3 Prozent steigert die Bereitschaft zum Arbeitskampf zusätzlich.

Welche Streiks fanden bis jetzt in der Region statt, welche Betriebe wurden bestreikt und wie viele Beschäftigte beteiligten sich insgesamt daran?

Insgesamt haben wir zwei Karstadt-Häuser, zwei Real-Märkte sowie vier Kaufland-Betriebe jeweils einen Tag bestreikt. Insgesamt waren ca. 300 Beschäftigte im Streik!

Haben die Streiks dazu geführt, dass Geschäfte geschlossen blieben?

Wir hätten es problemlos in sechs der benannten Unternehmen geschafft, dass die Häuser geschlossen bleiben – wenn es keine Leihfirmen und kein Teilzeit- und Befristungsgesetz gäbe! Im Klartext: Ohne den o.g. Personenkreis der Befristeten und/oder Leiharbeiter hätten die Konzerne keine Chance, ausreichend „Streikbrecher/innen“ zu rekrutieren...

Nachdem immer noch kein Angebot der Arbeitgeber vorliegt, hat Verdi angekündigt, während des Weihnachtsgeschäfts die Streikaktionen massiv zu

verstärken. Verdi will es dabei nicht bei kurzen Warnstreiks oder Tagesstreiks bewenden lassen, sondern zu Wochenstreiks übergehen. Ist in unserer Region auch damit zu rechnen?

Wir haben am 29.11.07 im Rahmen einer Pressekonferenz mehrtägige Streiks im Weihnachtsgeschäft angekündigt mit dem Ziel, die benannten Konzerne wirtschaftlich möglichst hart zu treffen – wochenlang wäre in unserer Region unrealistisch – wenn auch wünschenswert.

Wie können die Beschäftigten in diesem Tarifkampf unterstützt werden durch ArbeitnehmerInnen anderer Branchen oder durch die Kunden?

Leider ist die Angst der abhängig Beschäftigten riesengroß! Der Druck der Geschäftsführer und ihrer männlichen und weiblichen Vasallen im Arbeitsalltag ist schon in normalen Zeiten schwer auszuhalten, in der Streikphase wird es manchmal für insbesondere aktive Kolleginnen und Kollegen zum

„Spießrutenlauf“. Gerade deswegen ist die Solidarität aus anderen DGB-Gewerkschaften, Verdi-Fachbereichen und politisch wohlgesonnenen, befreundeten Organisationen, Verbänden und Parteien unverzichtbar. Ohne ehrenamtliche Unterstützung zum Streikbeginn wären wir all zu oft isoliert.

Abschließend einige nennenswerte Erfahrungen im Zusammenhang mit den stattgefundenen Streiks: Die im laufenden Geschäftsjahr normalerweise „am lautesten schimpfenden Arbeitnehmer“ gehen im Streikfall oft als Streikbrecher zur Arbeit, die Ruhigen bleiben stabil und kollegial. Leider sind dies sehr oft Männer – die Frauen zeigen mehr Rückgrat! Wir hatten bedingt durch die Streiks in vier Wochen ca. 40 Neuaufnahmen bei Verdi alleine im Handel! Erfolgreich ist das Werben um Verständnis bei den Kundinnen und Kunden, nahezu alle (ungefähr 90 Prozent) zeigen volles Verständnis für unsere Aktionen, wenn sie die Hintergründe kennen!

Karin Binder, Bundestagabgeordnete aus Karlsruhe: Kostenloses Schulesen!

Land spielt den Suppenkasper – die Suppe auslöffeln sollen die Kommunen

„Land gegen Zuschuss für Schulverpflegung“, lautete die Überschrift eines Artikels der „Stuttgarter Nachrichten“ am 15.11.07. Auslöserin war die Staatssekretärin im Ernährungsministerium, Friedlinde Gurr-Hirsch (CDU): „Schule ist weit mehr als ein Aufenthaltsort für einige Stunden am Vormittag. ... Erholbare Pausen und gutes Essen müssen dazu gehören, um die Leistungsfähigkeit zu erhalten und neu aufzutanken.“ Sie sieht das Problem, nennt es beim Namen, um dann zu dem Schluss zu kommen: „Hierzu sollen von den Schulträgern, also vor allem von den Kommunen, Wege gesucht werden, damit kein Kind aus finanziellen Gründen von der Schulverpflegung ausgeschlossen wird.“ Damit ist klar, wer den Schwarzen Peter hat. Obwohl sie die Notwendigkeit der Schulspeisung erkannt hat und auch, dass es dabei um eine qualitativ hochwertige Verpflegung gehen muss, will die Landesregierung bis auf weiteres die Schulverpflegung ärmerer Kinder nicht bezuschussen. Sie verweist einmal mehr auf die Verantwortung der Kommunen, die oft schon Zuschüsse zahlen.

Gleichzeitig registrieren die Schulen, dass immer mehr Eltern ihre Kinder aus der Schulverpflegung abmelden, weil sie die Beiträge – auch die bereits kommunal subventionierten – nicht mehr bezahlen können. Die Preise für Schulesen betragen in der Regel zwischen 2,50 und 3,50 Euro. Da wundert sich niemand, dass GeringverdienerInnen und Hartz-IV-Betroffene dies nicht mehr leisten können.

Im Regelsatz von Hartz IV sind nämlich lediglich 2,39 Euro Verpflegungsgeld als Tagesbedarf für ein Kind angesetzt.

Damit werden den Kindern und ihren Eltern enge Grenzen gesteckt. Der Anspruch auf hochwertige Verpflegung beschränkt sich damit auf die Sonntagreden vieler PolitikerInnen wie dem Ministerpräsidenten Oettinger und seinen KollegInnen in der Landesregierung. Auch die hochtrabenden Vorhaben des Bundesministers Seehofer mit dem „Aktionsplan Ernährung und Bewegung“ und der dazugehörigen „Plattform Ernährung und Bewegung“, ausdrücklich der Fehl- und Mangelernährung von Kindern zu Leibe zu rücken, werden damit als bloße Überschriften entlarvt. Wenn nämlich die Umsetzung jeweils an die nächste politische Ebene nach unten durchgereicht wird, ist klar, dass die Kosten dafür jeweils „die anderen“ tragen sollen.

Laut Prof. Christoph Butterwegge von der Uni Köln müssen wir von mehr als 2,8 Mio. Kindern in Deutschland ausgehen, die auf oder unter der Armutsgrenze leben müssen. Auch der Anteil im reichen Kinder- und Musterlände Baden-Württemberg wächst ständig, insbesondere in den Ballungsräumen.

Gerade auch vor diesem Hintergrund sind die jüngsten Äußerungen des Ex-Grünen Oswald Metzger von „Kohlehydrat- und Fernseh-konsumierenden Hartz-IV-Empfängern“ eine ungeheuerliche Entgleisung. Herr Metzger ignoriert die Realität. Hartz-IV reicht

nicht zum Leben! Es reicht nicht für Kultur, Freizeit und gesunde Ernährung! Schlechte Ernährung ist eine direkte Folge von Armut. Und Armut ist eine unausweichliche Folge der verfehlten Arbeitsmarktpolitik, deren Eckpfeiler unter der SPD/Grünen-Regierung mit Riester und Hartz entwickelt und heute weiter vorangetrieben wird.

Kinderarmut wird produziert und verschärft durch zu niedrige Sozialleistungen und durch den immer noch fehlenden gesetzlichen Mindestlohn. Wer also Kinderarmut bekämpfen will, muss auch hier ansetzen.

Förderung, die die Kinder direkt erreichen soll, kann sinnvoll über die Schule erfolgen. Wer will, dass Kinder regelmäßig und gesund ernährt werden, muss die Mittel dafür bereitstellen, damit auch Kinder von Eltern mit kleinem Geldbeutel daran teilnehmen können.

Die aktuellen Forderungen der Grünen und der SPD im Landtag nach einem Zuschuss von einem Euro je Essen und der Einstellung dieser Kosten (ca. 35 Mio. Euro) in den Nachtragshaushalt 2007/2008 sind zu begrüßen! Es wird jedoch nicht reichen, um tatsächlich alle Kinder zu erreichen und zu verpflegen. Wenn wir nicht wollen, dass über das Schulesystem weitere Klassenunterschiede und Ungleichbehandlungen unter den Kindern entwickelt werden, brauchen wir für alle Kinder eine kostenfreie Schulverpflegung. Das ist die Forderung der LINKEN.

Bildungspolitische Konferenz in Stuttgart:

Soziale Gerechtigkeit in der Bildung: mangelhaft

Zur ersten bildungspolitischen Konferenz der Linken in Baden-Württemberg hatte die Landesarbeitsgemeinschaft Bildung am 17. November ins Stuttgarter Gewerkschaftshaus eingeladen. Einleitend kritisierte MdB Karin Binder, dass zwar von Ernährungsminister Seehofer Bewegungs- und Ernährungsprogramme aufgelegt würden, sich die tatsächliche Gesundheitslage aber durch Mangelernährung und mangelnde Bewegung immer mehr verschlechtere. Die Linke müsse die neue Reformkraft werden, die gnadenlos Aussortieren in der Bildung und Resignation verhindere, die zu oft in Gewalt münde.

Als Hauptreferent beklagte Prof. Dr. Christoph Butterwege das hohe Niveau der Armut in Deutschland, von der etwa 2,8 Millionen Kinder betroffen seien. Man müsse sensibler werden für deren Wirkungen, für Stigmatisierung und Entsolidarisierung. Als Ursachen benannte er die Ausbeutung der Normalarbeitsverhältnisse, die Auflösung der Normalfamilie sowie die Arbeitsmarktreformen der Agenda 2010, die das Sozialstaatsprinzip untergraben und dem Lohndumping Tür und Tor geöffnet hätten.

Bildung sei Teil der sozialen Frage, aber kein Königsweg zur Lösung – schon gar nicht bei monatlichen 1,57€, die Hartz-IV-Bezieher für Bildung bekämen.

Schlagworte wie Generationengerechtigkeit seien angesichts der immer ungerechter werdenden Verteilung des Reichtums Kampfbegriffe. Butterwege schlug dagegen vor, die Normalarbeitsverhältnisse zu stärken, z.B. durch den Mindestlohn und die Erhöhung der Vermögenssteuer.

Wichtig im Bereich der Bildungspolitik sei die Ganztageschule mit ihrer Doppelfunktion der Entlastung von (z.B. allein erziehenden) Eltern und der Verbesserung der Möglichkeiten zur Förderung von benachteiligten Kindern.

Die Stuttgarter Stadträtin Ulrike Küster merkte dazu an, dass die Teilnahme an Kultur für benachteiligte Kinder wegen der Kosten oft nicht mehr möglich sei und diese auch in den Ganztageschulen oft ohne Mittagessen blieben.

Man müsse dem Fatalismus Einhalt gebieten, so der Freiburger Kinderarzt Lothar Schuchmann. Er forderte ein zweites Kindergeld für Schule und Kultur sowie eine Anhebung der Kinder-

Landesweit Proteste gegen Bildungsabbau

von Dirk Spöri, Freiburg

Am Samstag, 17. November 2007, fand in Freiburg anlässlich des CDU-Landesparteitags eine landesweite Demonstration für eine bessere Bildungspolitik statt. Mit ca. 500 Teilnehmern und einem breiten Spektrum von Gewerkschaftern (vor allem GEW) über Schülerinnen und Schüler, Studentinnen und Studenten bis zu Autonomen war die Demonstration ein Erfolg und ein deutliches Zeichen, dass wir die Bildungspolitik der Landesregierung für falsch halten.

Die Linke hat mit Schildern und zwei Transparenten deutlich gemacht, dass die aktuelle Bildungspolitik eine Zwei-Klassen-Bildung darstellt und wir für eine bessere finanzielle Ausstattung der Schulen und Hochschulen, für eine gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Uni und für die Einstellung zusätzlicher Lehrer zur Senkung der Klassenrollen stehen.

Das Interesse an der Linken bei einem Infostand vor der Demonstration war groß, zudem bekundeten auf der Demo selber einige Leute Interesse an

der Mitarbeit in der Hochschulgruppe Die Linke.SDS. Zusammen mit dem am selben Tagen in Stuttgart abgehaltenen Bildungskongress hat Die Linke damit wichtige Schritte getan, sich landespolitisch einen Namen zu machen und zu einer ernst zu nehmenden Oppositionspartei gegen die Bildungspolitik der Oettinger-Regierung zu werden.

Und die Proteste gehen weiter: El-

ternverbände organisieren Lichterketten, an einigen Hochschulen werden Studiengebühren-Boykotte vorbereitet und in Freiburg gibt es im Januar eine Aktionswoche an der Uni. Noch im Dezember findet in Straßburg eine internationale Bildungsdemonstration statt: vorbildlich sollen die Aktionen in Frankreich, wo es zur Zeit eine große Studentenbewegung gibt, und in Deutschland zusammengebracht werden. Ein Beispiel internationaler Solidarität, das hoffentlich viele Nachahmer findet.





Grundsicherung. Butterwegge wies hin auf die bis in die Hochschulen reichende Funktion von Armut: man murrst nicht mehr.

Wenn heute in der Adventszeit für das Schulesen von Kindern gesammelt werden müsste, könne kaum vom Kinderland Baden-Württemberg die Rede sein, beklagte Erhard Korn von der GEW-Fachgruppe Hauptschulen. Zunehmend würde Armut in der Schule offenbar, gleichzeitig würden Eltern immer mehr mit Kosten belastet. So gebe es in Baden-Württemberg die größten Zuwachsraten bei Kinderarmut (+13%), in keinem anderen Land sei Schulerfolg so sehr vom Einkommen abhängig. Die Schulartenzuweisung nach Klasse 4 verstärke die Ungerechtigkeit, da arme Kinder sehr schlechte Chancen hätten, aufs Gymnasium zu kommen. In der Hauptschule würden zunehmend Arme und Migranten separiert, die pädagogische Arbeit an dieser Schule gleichzeitig durch fachfremden Unterricht, 1-€-Jobber, Hausaufgaben-Hilfe durch Hausfrauen etc. entprofessionalisiert.

Erhard Korn beklagte, dass durch das ständige Aussortieren von Kindern – vor allem durch die Grundschulempfehlungen in Klasse 4 – das unpädago-

gogische Prinzip des Auslesens dominiere, das die erwünschte Kultur der solidarischen gegenseitigen Förderung unmöglich mache.

Er setzte sich ein für wohnortnahe Gemeinschaftsschulen, in denen die Jugendlichen bis zur 10. Klasse gemeinsam lernen.

Nach Alternativen zur Ausbildungskrise fragte Susanne Thomas von der IG Metall. Sie wehrte sich dagegen, benachteiligten Jugendlichen das Etikett „Problemschüler“ anzuhängen und plädierte für eine lebensbegleitende Bildung, wobei besonders die Schwelle Schule – Ausbildung „angepasst“ werden müsse, um den Übergang zu erleichtern. Zudem forderte sie eine Umlagefinanzierung und mehr Ausbildungskooperation.

Nach der Zukunft des dualen Systems, den Möglichkeiten der Stufenausbildung und der Notwendigkeit einer stärkeren Beteiligung des Staates wurde in der Diskussion gefragt. Gleichzeitig betonten Diskutanten die Notwendigkeit, sich auch um die Inhalte und die Qualität von Berufsausbildung zu kümmern – schließlich gehe es auch darum, Menschen zu befähigen, solidarisch und selbstbestimmt zu handeln.

DIE LINKE. unterstützte Elternaktionen in Baden-Württemberg Gegen soziale Auslese an Schulen – stellt mehr Lehrerinnen und Lehrer ein!

Der Landesvorstand „Die Linke – Baden-Württemberg“ unterstützte am 30.11. und 14.12. in mehreren Städten Demonstrationen von Eltern, Schülern und Lehrern. Aufgerufen hatte die Freiburger Initiative „Schule mit Zukunft“. In einer Pressemitteilung hieß es: Der Landesvorstand „Die Linke“ findet es unerträglich, mit welcher Sturheit und Arroganz das Kultusministerium über die berechtigten Forderungen von 400

Schulleitern und von 30 Verbänden aus dem gesamten Land nach einer durchgreifenden Verbesserung unseres Bildungssystems hinweggeht. „Die Linke“ unterstützt alle Initiativen und konkreten Schritte, die für ein längeres gemeinsames Lernen in einer integrativen „Schule für alle“ eintreten. Gegen die soziale Auslese und systematische Benachteiligung von Kindern mit Migrationshintergrund, wie sie die neueste PISA-Studie zum wiederholten Mal kritisiert hat, muss endlich ein Schulkonzept entwickelt werden, das von den Bedürfnissen der Schüler nach individueller Förderung und sozialem Lernen statt nach immer schärferer Auslese ausgeht.

Elternproteste gegen Bildungsmisere – Ein Kultusminister auf Abruf

Von Emanuel Peter

In 15 Städten des „Kinderlandes“ folgten Eltern, Lehrer und Schüler am 30. November und 14. Dezember dem Aufruf der Freiburger Initiative „Schule mit Zukunft“. Sie forderten kleinere Klassen, den Ausbau des Ergänzungsbereichs, bessere Förderung benachteiligter Schüler und die Einstellung von mehr Lehrern und Sozialpädagogen. In Tübingen nahmen 250 Personen an der Protestaktion teil und sangen einen selbst gedichteten Text auf die Melodie von Mackie Messer in der „Dreigroschenoper“. Darin warfen sie Kultusminister Rau Unfähigkeit und Verfälschung von Statistiken vor.

Dies bestätigte indirekt das staatliche Schulamt in Stuttgart im Gespräch mit dem Stuttgarter Gesamtelternbeirat. Es musste zugeben, dass 25 Prozent des Unterrichtsausfalls gar nicht mehr in der Statistik auftauchen. Bei Krankheit eines Lehrers werden Schüler still beschäftigt – dies wird als „selbst organisiertes Lernen“ und nicht als Unterrichtsausfall bezeichnet. Außerdem wurde eine interne Richtlinie bekannt, wonach die Regierungspräsidien die Schulleitungen

(Liedtext nach Mecki Messer, Dreigroschenoper).

Lied an Minister Rau

*Und die Schule, die zeigt Zähne
Denn ihr fehlt die Zuversicht
Helmut Rau, der ist kein Retter
Denn ihm fehlt die kluge Sicht
Und die Kinder sollen lernen
Und das wollen sie auch tun
Doch wie geht das ohne Lehrer
Ach Herr Rau, was soll das nun?
Pisa zeigt uns das Versäumte
Und die Panik, die geht um
Das Verschieben falscher Zahlen
Kommt als Antwort – das ist dumm
Was wir wollen, sind mehr Lehrer
Und die brauchen wir direkt
Denn die Kinder sind die Zukunft
Und du kümmerst dich 'nen Dreck
Zwar bist du auch – ohne Denken
Weit gekommen, wie man sieht
Nur – Verweigern guter Bildung
Finden wir ganz einfach mies
Rau rei dich doch mal zusammen
Finde einen guten Weg
Falsche Zahlen nützen niemand
Zeig den Kindern, wie es geht
Und die Schule, die zeigt Zähne
Denn wir brauchen Zuversicht
Eltern tragen jetzt ein Messer
Und Herr Rau, der sieht es nicht.*

zwingen, den Ergänzungsbereich (Musik, Kunst, Sport, Theater, Chor) zusammenzustricken, um den Unterricht wenigstens im Pflichtbereich zu gewährleisten. Nur noch bei Ausfall von Stunden im Pflichtbereich kommt dies in die Statistik. Förderunterricht findet ohnehin kaum noch statt. Schulleitungen und Eltern werden gezwungen, mit großem Zeitaufwand Vertretungskräfte selbst zu finden. Es werden pensionierte Lehrer aus dem Ruhestand geholt, Lehrer zu noch mehr Überstunden gezwungen und teilweise Kräfte ohne pädagogische Ausbildung eingestellt. Das Kultusministerium ersetzt 120 Lehrkräfte, die

für die Evaluation (Untersuchung und Bewertung von „Schulreformen“ mit anschließendem Ranking und Geldzuweisung für die „Besten“) aus den verschiedenen Schularten nicht. Dies verschärft den Unterrichtsausfall zusätzlich.

Gegen diese systematische Verschlechterung der Arbeits- und Lernbedingungen, vor allem an Grund- und Hauptschulen, hatten zuletzt 400 Schulleiter in einem „Offenen Brief“ an Rau protestiert und mit Unterstützung der GEW ein längeres gemeinsames Lernen in einer „Schule für alle“ gefordert. Auch 30 Verbände treten dafür ein – die Luft für Rau wird enger. Nächstes Schuljahr

wird es nur noch sieben Bundesländer mit dreigliedrigem Schulsystem geben. Rau steuert Baden-Württemberg in eine bildungspolitische Sackgasse auf Kosten von Schülern und Lehrern. Hilflos drohte er den Schulleitern mit disziplinarischen Maßnahmen und flüchtete sich in die neueste IGLU-Studie, da in ihr deutsche Schüler in Naturwissenschaften relativ gut abschneiden. Dagegen hat sich die soziale Auslese in den deutschen Schulen weiter verschärft, so dass die Frankfurter Rundschau titelte „Lesen gut – soziale Gerechtigkeit mangelhaft“.

www.schule-mit-zukunft.de

Heike Hänsel (MdB)

Entwicklung braucht eine andere Politik!

Heike Hänsel, entwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE., kritisierte am 28.11. in der Debatte zum Haushalt 2008 die entwicklungsfeindliche Politik der Bundesregierung und mahnt eine aktive zivile Friedenspolitik, eine gerechte Handelspolitik und die Umstellung des Weltenergiesystems an:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Entwicklungsetat 2008 wird massiv erhöht: um 670 Millionen Euro. Das begrüßen wir natürlich.

Aber die Politik der Bundesregierung bleibt – das muss man ganz klar sagen – gegenüber der Mehrheit der Menschen in den Ländern des Südens entwicklungsfeindlich. Ob Kriegseinsatz in Afghanistan, Rüstungsexportpolitik, G-8-Politik, Agrar- und Handelspolitik, Energie- und Ressourcenpolitik: Es fehlt eine Ausrichtung, die friedens- und entwicklungsfördernd ist.

Ich komme konkret auf Afghanistan zu sprechen. Die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit werden auf 120 Millionen Euro erhöht. Aber das Verhältnis von Militär- und Entwicklungsausgaben liegt immer noch bei fünf zu eins. Sie halten in Ihrer Ausrichtung an der zivil-militärischen Zusammenarbeit fest, die von vielen Entwicklungsorganisationen massiv kritisiert wird. Die Bundeswehr ist mit ihrer Beteiligung am Krieg in Afghanistan ein Teil des Problems und nicht der Lösung, und deshalb fordern wir nach wie vor den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan.

Jetzt möchte ich etwas zu den Rüstungsexporten sagen; dieses Thema kam in der heutigen Debatte nämlich viel zu kurz. Der Rüstungsexportbericht 2007 besagt ganz klar: Der Rüstungsexport boomt nach wie vor. Die Genehmigungswerte, vor allem für die Gruppe der ärmsten Entwicklungsländer und der Schwellenländer, sind höher als im

Vorjahr. Hinzu kommt, dass davon verfeindete Staaten wie Indien und Pakistan betroffen sind. Zum Beispiel in Pakistan werden mit Lizenz der deutschen Firma Heckler & Koch aus Baden-Württemberg Gewehre produziert, die jetzt zur Bekämpfung Oppositioneller in Pakistan eingesetzt werden.

An Indien sollen 120 Eurofighter verkauft werden. Zur Bekämpfung der Armut in Indien sind die damit verbundenen Kosten im Haushalt aber nicht vorhanden; von „Armutsbekämpfung“ sollte man im Zusammenhang mit diesen Mitteln daher nicht mehr sprechen. Für uns ist ganz klar: Wir lehnen Rüstungsexporte in Krisenregionen ab, auch was die Kleinwaffen angeht.

Wir wissen: Über 90 Prozent der Kriegsoffer sind auf den Einsatz von Kleinwaffen zurückzuführen. Wir halten diese Politik der Rüstungsexporte für verantwortungslos und entwicklungsfeindlich.

Jetzt möchte ich etwas zur G-8-Politik sagen. Noch nie wurde auf einem G-8-Gipfel so viel über Entwicklung und die Probleme Afrikas geredet wie dieses Jahr in Heiligendamm. Wenn man sich die Ergebnisse anschaut, erkennt man aber, dass sie sehr mager sind. Selbst die Entwicklungsorganisationen haben in einem Bericht von dem sogenannten „60-Milliarden-Bluff“ gesprochen. Es wird jetzt mehr Geld investiert – das stimmt –, zum Beispiel in den globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids und Malaria. Das schlägt sich im Haushalt nieder: Die entsprechenden Mittel werden verdoppelt. Wenn wir uns aber die konkrete Politik anschauen, dann stellen wir fest, dass beim G-8-Gipfel der Patentschutz massiv vorangetrieben wurde, obwohl er verhindert, dass die Menschen in Ländern des Südens einen verbesserten Zugang zu billigen Medikamenten bekommen. Daran zeigt sich, dass diese Politik völlig kontraproduktiv

zu dem ist, was formuliert wird. Damit stellen Sie das Patentrecht über das Recht auf Gesundheit.

Auch im Rahmen der Energiepolitik und des Klimaschutzes sind die Ergebnisse des G-8-Gipfels völlig unverbindlich geblieben, obwohl die Auswirkungen des Klimawandels zuallererst die Menschen in den Ländern des Südens betreffen. Es gibt zwar mehr Geld für die Weltbank, was hier richtigerweise schon erwähnt wurde; aber die Vergabepolitik der Weltbank führt dazu, dass nach wie vor zu mehr als 90 Prozent große Erdöl-, Erdgas- und Staudammprojekte finanziert werden, aber nur zu 4 Prozent regenerative Energien. Die Bundesregierung hat Einfluss in der Weltbank; sie hat dort Sitz und Stimme. Daher kann ich Sie nur auffordern: Nehmen Sie Ihre Verantwortung wahr, und setzen Sie sich für die Förderung regenerativer Energien ein, wenn Sie es mit dem Klimaschutz ernst meinen!

In diesem Zusammenhang brauchen wir dringend ein Moratorium, was die Förderung von Agrotreibstoffen angeht. Der Anbau der hierfür benötigten Pflanzen in vielen Ländern des Südens wie Brasilien, Kolumbien und Indonesien fördert eben nicht Klimaschutz und Entwicklung, sondern gefährdet Ernährungssouveränität und trägt zu massiven Menschenrechtsverletzungen bei, wie ich es in Kolumbien selbst gesehen habe.

Auch bei der Handelspolitik sind die Weichenstellungen in unseren Augen fatal. Sie wird hauptsächlich auf europäischer Ebene festgelegt, auch mit Einfluss der Bundesregierung. Die neue Strategie der EU eines „globalen Europas“ formuliert ganz klar eine aggressive Handels- und Marktöffnungspolitik für europäische Konzerne, die sich auch auf die Wirtschaftsbeziehungen zu den Ländern des Südens negativ auswirkt. Dies erleben wir ganz aktuell in den Verhand-

lungen über Wirtschaftspartnerschafts-abkommen mit den AKP-Staaten.

Wir sagen ganz deutlich: Wir wollen die sogenannten EPAs in dieser Form nicht. Ende des Jahres wird sich entscheiden, was dabei herauskommt. Ich fordere Sie, Frau Wieczorek-Zeul, auf, sich auf alle Fälle dafür einzusetzen, egal wie diese Verhandlungen ausgehen, dass es vonseiten der Europäischen Union keine Zollerhöhungen für Produkte aus den Entwicklungsländern gibt, die die EPAs nicht unterzeichnet haben. Ich halte es nicht für verantwortbar, hier zu Zollerhöhungen zu kommen. Freihandel ist kein Beitrag zur Entwicklung. Wir wollen andere, solidarische Wirtschaftspartnerschaftsabkommen.

Ich komme zum Schluss: Mehr Geld allein bedeutet nicht automatisch mehr Entwicklung. Wir setzen uns für eine aktive zivile Friedenspolitik, eine gerechte Handelspolitik und die Umstellung des Weltenergiesystems ein, das ist für uns der beste Beitrag zu Entwicklung. Danke.

EU und NATO – Brüder im Geiste

Kolumne von Tobias Pflüger, Europa-
abgeordneter am 30. November im
„Schwäbischen Tagblatt“

Normalerweise verbinden wir mit den Begriffen „Europäische Union“ (EU) und dem Begriff „NATO“ zwei doch sehr unterschiedliche Institutionen. Die Wahrnehmung ist, dass die EU eine politische Union von Staaten ist, die NATO dagegen ein militärischer Zusammenschluss.

Offensichtlich hat sich das inzwischen völlig verschoben. Am 21. und 22. November war mal wieder eine diese „wunderbaren“ Anhörungen im Europäischen Parlament (EP). Gemeinsam mit Mitgliedern der Parlamentarischen Versammlung der NATO diskutierte der Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung des EP die Beziehungen zwischen EU und NATO anhand der beiderseitigen Militärstrukturen und der konkreten Beispiele Kosovo und Afghanistan. Die Ergebnisse waren deutlich: EU und NATO hätten auf der Welt gleiche (!) Interessen und im ganz praktischen polizeilich-militärischen Bereich bei den Einsätzen funktioniere die Zusammenarbeit hervorragend.

Der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier hat das Verständnis des Verhältnisses von EU und NATO in einem Artikel in der „Süddeutschen Zeitung“ auf den Punkt gebracht: „NATO und EU haben einen legitimen Platz in der Sicherheitsarchitektur von heute. Sie sind keine Konkurrenten, sondern

ergänzen sich. Nur gemeinsam, im Verbund von Nato und EU, können Europa und Nordamerika ihre Vorstellung von Sicherheit glaubwürdig in die Welt projizieren.“

Die EU hat einen offiziell „zivilen“ Einsatz in Afghanistan: EUPOL. Im Rahmen dieses Einsatzes werden EU-Polizisten in ganz (!) Afghanistan eingesetzt und es werden afghanische Polizisten ausgebildet.

Der Vertreter der derzeitigen portugiesischen Ratspräsidentschaft bestätigte mir, dass es fünf ausgearbeitete „technische Vereinbarungen“ zwischen EUPOL Afghanistan und ISAF gibt. ISAF übernimmt z.B. die Logistik und den Transport von EUPOL. Auch die Zusammenarbeit mit den USA – und damit der Terror-Krieg Mission „Operation Enduring Freedom“ (OEF) – seien sehr gut in Afghanistan.

Im Bericht zur „Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ des ehemaligen deutschen Vorsitzes des EU-Rates vom 18. Juni 2007 heißt es zur EU-NATO-Zusammenarbeit in Afghanistan: „Das Generalsekretariat des Rates arbeitet auch eng mit dem internationalen Personal der NATO und mit den USA zusammen: mit der NATO hinsichtlich der Bereitstellung technischer Unterstützung im Einsatzgebiet durch die ISAF und mit den USA, weil diese ein entscheidender Partner bei der Koordinierung der Vorgehensweise bei den Reformbemühungen sein werden.“

Die USA sind mit ihren Truppen im Rahmen des so genannten Kriegs gegen Terror, der Operation Enduring Freedom (OEF) in Afghanistan. EUPOL Afghanistan arbeitet somit auch mit kriegführenden Militäreinheiten eng zusammen.

Zur Erinnerung: ISAF führt im Westen und Süden Afghanistans einen Krieg, einen Angriffskrieg. Unter dem Kommando des Bundeswehr-Generals Warnecke startete die NATO die Operation „Yolo 2“, an der insgesamt rund 700 afghanische und etwa ebenso viele NATO-Soldaten beteiligt waren. Es seien mehr als zwanzig afghanische Kämpfer getötet und 34 festgenommen worden, so die FAZ vom 10.11.2007. Soviel zum Mythos des angeblichen „Friedenseinsatzes“ der deutschen Bundeswehr in Afghanistan.

Wenn sich EU und NATO in Brüssel auf Militärebene treffen, sitzen (mit wenigen Ausnahmen) Personen am Tisch, die sowohl EU als auch NATO vertreten. Die Militärvertreter treffen sich quasi mit sich selbst. Die EU- und NATO-Vertreter verstehen sich als Vertreter der „internationalen Staatengemeinschaft“. Real sind sie Vertreter westlicher Interessen. Schade eigentlich. Ich setze mich für eine zivile EU ein, und dagegen, dass EU und NATO Brüder im Geiste und auf dem Kriegsfeld sind.



Europa mitbestimmen! Referendum jetzt!

Für die Durchführung einer Volksabstimmung über den Vertrag von Lissabon (EU-Reformvertrag) in der Bundesrepublik Deutschland!

Nach dem Scheitern des EU-Verfassungsvertrages durch das Non Nee einer Mehrheit von französischen und niederländischen Bürgerinnen und Bürgern haben die Staats- und Regierungschefs der EU hinter verschlossenen Türen wesentliche Teile der abgelehnten Verfassung in die geltenden EU- und EG-Verträge überführt. Diese Vertragsänderungen müssen nun durch alle Mitgliedsstaaten ratifiziert werden. Dazu wollen die meisten Staats- und Regierungschefs möglichst keine Referenden durchführen, also auf Stimme und Meinung der Bürgerinnen und Bürger verzichten.

Warum haben die Regierenden Angst vor dem Votum der Bürgerinnen und Bürger?

Warum wollen sie nicht, dass die Bürgerinnen und Bürger sich ihr Europa selbst gestalten?

Der neue Vertrag wird die Europäische Union in vieler Hinsicht verändern. Und das hat gravierenden Einfluss auf die künftigen Existenz-, Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen. Ihre Zukunft wollen die Bürgerinnen und Bürger sich aber nicht von Regierungen vorschreiben lassen. Die wollen sie selbst gestalten und über deren Entwicklungsrichtung demokratisch entscheiden.

Deshalb fordert DIE LINKE eine Volksabstimmung über den Vertrag von Lissabon (EU-Reformvertrag)! Unterstützen Sie diese Forderung mit Ihrer Unterschrift! Treten Sie für Ihr Recht auf Mitgestaltung und Mitentscheidung bei europapolitischen Grundsatzentscheidungen ein!

Unterschreiben ist auch online möglich:
www.die-linke.de

„Grünes Licht“ für die Vorratsdatenspeicherung

von Ute Gsöls-Puhl

Trotz anhaltender Proteste werden Telefon- und Internetdaten künftig ein halbes Jahr lang gespeichert und neue Regeln für die Telefonüberwachung eingeführt. Der Bundesrat billigte das umstrittene Gesetz, so dass es zum 1. Januar in Kraft treten kann.

Erfasst werden Rufnummer, Uhrzeit, Datum der Verbindung, bei Handys auch der Standort zu Beginn des Gesprächs. Die Internetdaten werden ab 2009 festgehalten. Telefone können künftig auch



bei Korruptionsdelikten, gewerbs- oder bandenmäßigem Betrug, schweren Steuerdelikten, Menschenhandel oder auch Verbreitung von Kinderpornografie abgehört werden. Es gilt der Richtervorbehalt. Einen absoluten Schutz haben Strafverteidiger, Seelsorger und Abgeordnete. Maßnahmen gegen Ärzte, Journalisten und die übrigen Anwälte sind nach Abwägung der Verhältnismäßigkeit zulässig.

Der Linke-Abgeordnete Wolfgang Neskovic bemängelte, mit diesem Gesetz würden alle Bürger unter Pauschalverdacht gestellt, „das ist ein Verfassungsverstoß.“ Die am 9. November 2007 vom Bundestag beschlossene Vorratsdatenspeicherung der TK-Verkehrsdaten ist dabei der „Dammbruch auf dem Weg in die Überwachungsgesellschaft“ (Peter Schaar, BfDI). Faktisch kann sich dieser verfassungswidrigen Datensammlung niemand entziehen.

Proteste auch in Baden-Württemberg

An den Kundgebungen am 6. November gegen die Einführung der Vorratsdatenspeicherung hat sich auch DIE LINKE beteiligt. In Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim, Tübingen, Ludwigsburg, Freiburg und Ulm protestierten verschiedene Gruppierungen gegen den Eingriff in ihre Privatsphäre. Alleine in Karlsruhe wurden an diesem Tag am Infostand 60 neue Vollmachten für die Sammelklage unterschrieben.

Noch bis zum 24.12.07 haben alle kritischen BürgerInnen die Möglichkeit,

sich der Verfassungsbeschwerde anzuschließen. Formulare für die Sammelklage finden sich unter: www.vorratsdatenspeicherung.de

Landes-AG Bürgerrechte und Demokratie

Spätestens mit dem von Union und SPD beschlossenen Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung ist für viele Menschen offensichtlich geworden, dass die Grundrechte in Deutschland gefährdet sind. Der Demokratieverlust macht auch vor Baden-Württemberg nicht Halt – wer sich an einer Landesarbeitsgemeinschaft Bürgerrechte und Demokratie beteiligen möchte, meldet sich bitte bei: Carsten Labudda; carsten.labudda@linkspartei-weinheim.de oder: Ute Gsöls-Puhl; info@dielinke-ka.de.

Adenauer-Stiftung contra Linke

Das „Landeshauptstadtbüro“ der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung in Stuttgart fungierte als Außenstelle des Landesamtes für Verfassungsschutz und lud den rechtslastigen Extremismusforscher Prof. Eckhard Jesse am 8. November zu einem Vortrag nach Tübingen ein. Thema: die Partei DIE LINKE. Der Politikwissenschaftler fischte tief im Trüben. Er philosophierte über Kuba, Nordkorea und den „Sozialdemokratismus der CDU“. Einen Beleg für die angebliche Grundgesetzgegnerschaft der neuen Partei wollte er aber nicht beibringen. Die Bundestagsabgeordnete Heike Hänsel und Kreisrat Bernhard Strasdeit hatten der Adenauer-Stiftung im Vorfeld einen offenen Diskurs angeboten. Das lehnte die Leiterin des Stiftungsbüros Elke Erlecke ab. Aus der Tübinger CDU war inoffiziell zu vernehmen, die Einladung an Jesse käme von „ganz oben“ und würde doch nur der Linken nützen. Folgende Kreisspalte im Schwäbischen Tagblatt schrieb Bernhard Strasdeit dazu am 6. November.

Sozial statt national

„Bleibt Deutschland regierungsfähig?“ fragt die CDU-Abgeordnete Widmann-Mauz in der Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung zu einer Veranstaltung über Die Linke am kommenden Donnerstag. Gegen den neuen „politischen Sprengsatz“ (Originalton der Einladung) schickt die Adenauer-Stiftung einen „Extremismusforscher“ der besonderen Art ins Museum: Prof. Eckhard Jesse, bekannt als deutschnationaler Verharmloser von Rassismus und Befürworter von Berufsverboten gegen links. Immer, wenn die CDU ihre antikommunistischen Reflexe aus dem kalten Krieg mal hinten anstellt,

wie im sächsischen Landtag bei parteiübergreifenden Absprachen gegen die NPd oder im Tübinger Bündnis gegen einen Naziaufmarsch, tritt Jesse für die Stahlhelmfraktion in Aktion. Der Professor aus Chemnitz soll nicht nur die hiesige Linke schlagen, sondern auch den CDU-Kreisverband in die Tradition des Nazirichters Filbinger und der Weikersheimer Linie zurückholen.

Heribert Prantl („Süddeutsche Zeitung“) schrieb schon 2002: „Eckhard Jesse ist durch Verharmlosung rechts-extremer Umtriebe aufgefallen.“ 1990 schoss sich Jesse in einem Aufsatz auf Heinz Galinski, den früheren Vorsitzenden Zentralrates der Juden ein und meinte: „Auf Dauer dürfte Judenfeindlichkeit nicht zuletzt gerade wegen mancher Verhaltensweisen von Repräsentanten des Judentums an Bedeutung gewinnen.“ Kritik an groben Antisemitismen beklagte er als „hysterische Reaktion“.

Extremismusforschung? Da macht man den Bock zum Gärtner! Auch Konservative sollten lernen, dass demokratische, kommunistische und sozialistische Parteien zur Normalität in ganz Europa gehören, auch innerhalb der Gebiete von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt.

Deshalb haben Heike Hänsel und ich der CDU-Stiftung ein Ko-Referat angeboten. Die CDU möge mit uns diskutieren, warum ihre Bundestagsabgeordnete Forderungen nach einem gesetzlichen Mindestlohn und nach sozialen Alternativen zu Hartz IV zum Gegenstand von Extremismusforschung macht.

Im Tübinger Kreistag erhielten wir gerade den Kreissozialbericht. Die Zahlen sind eindeutig: Mehr alte Menschen und immer mehr Kinder sind von Armut betroffen. Das sind die Ergebnisse der Agenda 2010. Vom Aufschwung kommt unten in der Gesellschaft nichts an. Nur 7 Prozent der Vermittlungsleistungen des Tübinger Job-Centers für Alg-II-Beziehende im Kreis werden ausgegeben für Beratung und Vermittlung in reguläre Arbeitsverhältnisse. Über die Hälfte der Mittel werden verwendet für das Abdrängen von Menschen in den Niedriglohnbereich oder für unwürdige Ein-Euro-Jobs.

Das ist „Sprengsatz“! Da helfen weder die drei Strophen des Deutschlandliedes noch Fensterreden auf SPD-Parteitagen. Da hilft nur ein anderer Kurs. Da helfen soziale Projekte im Kreis, zum Beispiel kostenloses Mittagessen in den Schulmensen, Zuschüsse für Kinder bei Schuljahresbeginn, mehr Schulsozialarbeit, preisgünstigeren Wohnraum im teuren Tübingen, soziale Integration statt Auslese in den Schulen. Dafür schmieden wir Bündnisse mit allen, Herr Jesse, was heißt: mit allen Demokraten, außer mit den Nazis!



Linksjugend unterstützte NO-NPD-Kampagne aktiv

Die Kampagne für ein neues NPD-Verbotsverfahren wurde von einem breiten Spektrum in der Bevölkerung unterstützt und getragen. Auch die Linksjugend [solid] Baden-Württemberg beteiligte sich aktiv. So wurden vom Jugendverband bei vielen Gelegenheiten Unterschriftenlisten ausgelegt, und einige Aktionen eigens zum Thema „NPD-Verbot-jetzt!“ durchgeführt. Auf mehreren Musikfestivals konnten mit Infoständen junge Menschen erfolgreich auf die Kampagne aufmerksam gemacht werden.

Im Schlusspurt der Kampagne organisierte die Linksjugend [solid] Basisgruppe Ulm noch einen Infostand und sammelte während eines Tages 536 Unterschriften. Der Zuspruch war so groß, dass sich größere Trauben um den Infostand in der Ulmer Fußgängerzone bildeten und die Menschen zum Unterschreiben Schlange stehen mussten. Was uns besonders freute, war die große Resonanz bei Schülern und Auszubildenden.

Die Kampagne ist nun zu Ende, der Kampf geht weiter!

Kein Fußbreit den Faschisten!



Antirepressionsdemo in Reutlingen

Am 20. Oktober fand in Reutlingen eine Demo gegen Repression statt, dabei ging es in Redebeiträgen unter anderem um die Repression im Vorfeld, während und nach den G8-Protesten und um Überwachung und linke Freiräume. Eine Aktivistin der Linksjugend [solid] hielt den Redebeitrag zu G8 und [solid] war mit dem Transparent gegen Überwachung dabei.

Linksjugend organisiert Protest gegen Rechts-extremisten in Stuttgart

Am 3. November mobilisierte die Linksjugend [solid] ein breites Bündnis zu einer spontanen Demonstration vor dem Lokal „Trollinger“ in der Stuttgarter Innenstadt. Dort sollte ein Bezirksparteitag der nationalistischen „Deutschen Partei“ stattfinden, die gegenwärtig versucht, neue Strukturen in der Region zu etablieren. Ca. 40 Antifaschistinnen und



Antifaschisten konnten friedlich genügend Druckpotential erwirken, dass der Wirt des Lokals nach Absprache mit der örtlichen Polizei, von seinem Hausrecht Gebrauch machte und den Veranstaltern die Raumnutzung untersagte.



Linksjugend und SDS für eine radikale Bildungsreform!

Die Linksjugend [solid] und der Hochschulverband SDS beteiligten sich an der landesweiten Bildungsdemo am 17.11.2007 in Freiburg. Anlass war der CDU-Landesparteitag und die von der schwarz-gelben Landesregierung zu verantwortenden Missstände in der Bildungspolitik: Kostenpflichtiges Studium, Turbogymnasium, soziale Auslese im 3-gliedrigen Schulsystem, fehlende Lehrstellen und massenhaft Unterrichtsausfälle werden wir nicht länger akzeptieren! Als Jugendverband der Linken fordern wir eine radikale und umfassende Bildungsreform! Bildung ist ein Menschenrecht!



Politische Bildung: Linksjugend-[solid]-Gruppen Süd-Württemberg und Ulm besuchen Museum

Am 10. November besuchten die Linksjugend-[solid]-Gruppen aus Süd-Württemberg (Landkreise Ravensburg, Biberach, Bodensee und Sigmaringen) und Ulm das „Museum über die Geschichte von Christen und Juden“ in Laupheim. Trotz eisiger Witterung hatten schließlich zehn Genossinnen und Genossen den Weg nach Laupheim gefunden, wo bereits Museumsführer Knaupp auf die Gruppe wartete. Das Museum ist im Schloss Großlaupheim untergebracht, da die Geschichte der dort ansässigen Herrscherfamilie eng mit der Geschichte der Ansiedlung von Juden in Laupheim verknüpft ist.

69 Jahre nach der faschistischen Prognomnacht sollte der Besuch auch der Erinnerung an die Opfer des Holocausts dienen. Das Museum in Laupheim hat

sich zur Aufgabe gemacht, das gemeinsame Leben von Christen und Juden zu dokumentieren. Seit der Römerzeit siedelten Juden im Raum Laupheim, bis ins 19. Jahrhundert wuchs die jüdische Gemeinde Laupheims zur größten Württembergs. Dargestellt wurden auch die nationalsozialistische Judenverfolgung sowie die mühsamen Versöhnungsversuche der Laupheimer mit den überlebenden jüdischen Laupheimern, die nach dem Krieg allesamt emigrierten. Nach der Museumsführung besuchten die Genossinnen und Genossen den jüdischen Friedhof. Auch auf Landesebene sollen zukünftig Angebote zur politischen Jugendbildung organisiert werden. Näheres dazu unter www.solid-bw.de



Einladung zur Landesmitgliederversammlung der Linksjugend [solid] Baden-Württemberg in Heidelberg

Freitagabend, 18. Januar und Samstag 19. Januar, Heidelberg, Czernyring 20, im Gebäude von Verdi Rhein-Neckar.

Liebe Genossin, lieber Genosse, am 18. und 19. Januar findet die nächste Landesmitgliederversammlung von Linksjugend [solid] in Heidelberg statt. Neben den Wahlen für die Bundeskonferenz und der Bestätigung weiterer LSPR-MitgliederInnen sowie einer Debatte über „Gender“ findet auch die Auftaktveranstaltung zur Mobilisierung gegen die NATO-Sicherheitskonferenz in München statt.

Für den Freitagabend den 18. Januar ist ab 18 Uhr ein Vernetzungstreffen geplant. Auch die letzten Vorbereitungen für die Aktion vor dem Nato-Stützpunkt werden getroffen. Bitte bringt deshalb all eure Publikationen und Transparente mit.

Der Antragsschluss für die Landesmitgliederversammlung ist am 17.1. um 18 Uhr. Initiativanträge können vor Ort noch eingereicht werden. Generell sollen die Anträge wenn möglich, bitte per E-Mail an unsere Landesgeschäftsstelle (info@solid-bw.de) geschickt werden. Dank der Heidelberger Ortsgruppe ist die Übernachtung von Freitag auf Samstag (Schlafsack) und die Verpflegung gesichert. Bitte gib Rückmeldung, ob Du kommst.

Mit sozialistischen Grüßen

Ben Brusniak, für den LandessprecherInnenrat Baden-Württemberg

Konstanz: Auftaktveranstaltung gegen Neofaschismus unter Polizeischutz

Weit über 100 Stühle im Konstanzer Bürgersaal waren belegt: Die Auftaktveranstaltung der Initiative „Konstanzer Aufruf gegen Neofaschismus“ war nicht nur in den Augen der Veranstalter ein voller Erfolg.

Im Saal und vor der Türe waren rund ein Dutzend Polizeibeamte postiert. Auch dies scheint inzwischen trauriger Alltag zu sein, wenn sich Bürgerinnen und Bürger gegen rechte Gewalt engagieren. Neonazis hatten zur Veranstaltung ausdrücklich keinen Zutritt. Die Polizei wies einen jungen Mann, der im März nach einem Überfall von 30 Neonazis auf eine Podiumsdiskussion gegen Rechts an gleicher Stelle festgenommen wurde, am Eingang ab. Ob dieser nur dreist war oder die Vorhut für erneute Störungen, bleibt dank des aktiven Polizeischutzes unbeantwortet.

Zum Auftakt war der Münchner Journalist und Kenner der süddeutschen Naziszene Robert Andreasch geladen, dessen Veranstaltungen von Neonazis häufig gestört werden; zuletzt wurde in Aalen ein Teilnehmer bei einem Angriff von rechten Schlägern schwerverletzt.

Wie stark sich die Szene fühlt, konnte der Referent berichten. Hinter der NPD sammeln sich so genannte Freie Kräfte und Kameradschaften, die in der Aufmachung poppiger Kultur und englischer Parolen deutsches Kulturgut hochhalten und mit linker Symbolik auf die Gegner von Neonazis Jagd machen. Dies ist auch die Klientel, die sich hinter den Naziaufmärschen in Friedrichshafen und Singen verbirgt.

Aber auch der „Konstanzer Aufruf gegen Neofaschismus“ selbst war Thema des Abends. Am 27. September 2007 hatten Oberbürgermeister Horst Frank und der Konstanzer Gemeinderat

den Aufruf der Initiative verabschiedet. Ebenso bildet sich in den Unterschriften ein breites gesellschaftliches Spektrum ab: Vereinsvorsitzende, Verbandsvertreter, Gewerkschafter, Betriebsräte, Mitglieder religiöser oder kirchlicher Gliederungen, aber auch Vertreter aus der Wirtschaft, darunter Gastwirte, Buchhändler oder Kultur- und Kunstschaffende sowie Amtsträger aus Verwaltung und quer durch die politischen Parteien insgesamt über 220 bekannte Gesichter in und aus Konstanz, die für Zivilcourage und gegen Neofaschismus eintreten. Mit einer Veröffentlichung des Wortlautes des Konstanzer Aufrufs und einer Liste dieser Erstunterzeichner und Erstunterzeichnerinnen am 24. November im „Südkurier“ wird der erste Meilenstein der Initiative erreicht.

Die Initiative macht weiter

Doch wie auf der Veranstaltung deutlich wurde, soll die Arbeit damit erst beginnen. Im Januar wird ein Treffen folgen, auf dem sich die Initiative auf inhaltlicher und organisatorischer Ebene konstituiert: Hier soll über Projekte gesprochen werden, mit denen der Wortlaut des Aufrufs nachhaltig gemacht werden kann. Aufklärung über Neofaschismus und ein Lebendighalten der Geschichte des Nationalsozialismus in der Stadt gehören zu den Zielen der Initiatoren. Erste Projekte könnten gemeinsam mit Jugendlichen im Bereich Bildung und Kultur entstehen.

Statt „Bürgerfest gegen Rechts“ und „aktivem Wegsehen“ scheinen sich in Konstanz beispielhafte und brauchbare Konzepte gegen eine wachsende und brutale Neonaziszene in der Region zu entwickeln.

(aus „Seeblättele“, Zeitung Die Linke. Liste Konstanz, Dezember 2007)

Schon wieder Überfälle auf den KZ-Friedhof Birnau

Zum siebten Mal in diesem Jahr sind auf dem KZ-Friedhof Birnau bei Überlingen nazistische Schmierereien entdeckt worden. Die Polizei scheint hilflos, und die verantwortlichen Politiker geben sich verschlossen: Ein Skandal. Bislang unbekannte Täter haben die Gedenktafel mit den Namen der Opfer auf dem KZ-Friedhof Birnau bei Überlingen beschmiert – die Tafel war gerade erneuert worden, weil vormalige Verkleisterungen die Namen unkenntlich gemacht hatten. Das ist der siebte Angriff auf den Friedhof in diesem Jahr; eine Verdoppelung der Übergriffe gegenüber dem Vorjahr.

Die Polizeidirektion Friedrichshafen kann, so ihr Sprecher, solche Übergriffe kaum verhindern. Trotz verstärkter Streifengänge sei das Friedhofsgelände nur schwer zu überwachen; so fehlten z.B. Stromleitungen, um eine Überwachungskamera zu installieren. Allerdings scheint das Problembewusstsein der Polizei auch nicht übermäßig ausgeprägt, wenn man den Polizeisprecher von antisemitischen Ausschreitungen reden hört – in Birnau sind ermordete Zwangsarbeiter begraben und keine gemeuchelten Juden.

Und die verantwortlichen Kommunalpolitiker aus Überlingen hüllen sich in Schweigen: Ein Skandal.

DIE LINKE an Kocher und Jagst fordert Tariftreue

In einem offenen Brief an den Landrat Piepenburg und die Kreisräte wendet sich der neue Ortsverband gegen Billigvergaben:

Sehr geehrter Herr Landrat Piepenburg!
Sehr geehrte Damen und Herren Kreisräte!

Auf der ersten Sitzung des neu gegründeten Ortsverbandes Unterer Kocher – Untere Jagst haben wir uns getreu dem Motto „DIE LINKE kümmert sich um jeden Dreck“ ausführlich mit der Müllproblematik im Landkreis Heilbronn befasst und folgenden offenen Brief beschlossen:

Die Vergabe der Müllabfuhr durch die Kreisverwaltung an den billigen Dumping-Anbieter Zehner war sowohl aus sozial-, wie aus finanzpolitischen Gründen falsch. Es hat sich gezeigt, dass große Konzerne, die profitwirtschaftlich mit Rambomethoden geführt werden, nicht in der Lage sind für eine

reibungslose, qualifizierte und nachhaltige Abfallentsorgung zu sorgen. Noch nicht einmal einen Kostenvorteil für die Bevölkerung können wir sehen und die „Kollateralschäden“ sind erheblich.

Bitte beantworten Sie uns dazu folgende Fragen:

1) Kleine, regionale Firmen, die die Müllversorgung vor ihrer Neuvergabe erledigten, zahlten ihre Beschäftigten nach Tarif. Durch ihre Entscheidung mussten diese Firmen schließen, bzw. Personal entlassen. Wie viele Arbeitslose wurden damit produziert, welche Kosten entstanden damit für die Beitragszahler?

2) Wie viel Arbeitslose und wie viele Fehlinvestitionen (Seitenlader u.a.) entstanden seit dieser Neuvergabe bis heute, durch vielfache Umstrukturierungen und Firmenverkäufe im Müllbereich?

3) 170 Beschäftigten des Müllsorgers Zehner (ALBA-Gruppe) wird mit Entlassung gedroht, wenn sie nicht auf (bis zu 40%) ihrer Einkommen verzichten. Leiharbeitskräfte werden stattdessen ins Gespräch gebracht. Wie hoch wäre die Summe der Zuzahlungen (ALG II), bei derart mies bezahlten Leiharbeitskräften?

Sehr geehrter Herr Piepenburg, liebe Kreisrätinnen und Kreisräte!

Nach der falschen und für die Allgemeinheit teuren Auftragsvergabe an den Dumpinganbieter Zehner ist Ihre Position des Aussitzens und des Verharrens in den falschen Verträgen nicht akzeptabel. Bevor im „Abfallkrieg“ um die billigste Lösung der privaten Müllentsorgung weitere Kollateralschäden entstehen, untersuchen Sie die Möglichkeiten einer Rekommunalisierung der Müllentsorgung im Landkreis Heilbronn, um eine qualifizierte, effiziente und nachhaltige Müllentsorgung zu gewährleisten.

In diesem Sinne unterstützt DIE LINKE auch entsprechend unseren Möglichkeiten die Beschäftigten der Firma Zehner in Ihrem Kampf gegen die Angriffe des Abfallkonzerns ALBA auf ihre Arbeitsbedingungen. Es zeigt sich hier, wie wichtig das von der LINKEN vorgeschlagene Tariftreuegesetz ist. Die Vergaberichtlinien auch des Landkreises müssen entsprechend geändert werden.

Wir sagen Ihnen schon jetzt für einen solchen Kurswechsel in der Müllpolitik jegliche Unterstützung zu im Kampf gegen die Profitorientierten Abfallmonopole, spätestens ab 2009 auch innerhalb des Kreistages.

Mit freundlichen Grüßen
Für den Ortsverband Kocher Jagst von DIE LINKE: Hans Oette
und für den Kreisverband Heilbronn-Unterland von DIE LINKE: Johannes Müllerschön

Fortschritt bei Rot/Rot Berlin vergibt Aufträge nur noch an tariftreue Unternehmen

In Baden-Württemberg blockieren CDU und FDP ein Tariftreuegesetz. In Berlin verschiedene der rot-rote Senat eine Novellierung des Vergabegesetzes und wird Vorreiter bei der Vergabe öffentlicher Aufträge an Unternehmen nach sozialen Gesichtspunkten.

Während andere Bundesländer die Vergabe öffentlicher Aufträge nur in Teilbereichen an eine Tariftreueerklärung gekoppelt haben, weitet Berlin die Tariftreue nun auf alle öffentlichen Aufträge aus. Novum im Vergaberecht ist in Berlin zudem die Festschreibung eines Mindestlohns in Höhe von 7,50 Euro.

In den weiteren parlamentarischen Beratungen über das Berliner Vergaberecht wird die Linksfraktion zudem darauf dringen, weitere Mindeststandards – z.B. ökologische und gleichstellungsspezifische – als Wertungskriterien bei öffentlichen Aufträgen einzuführen.

Das Investitions- und Nachfragenvolumen der öffentlichen Hand und der Berliner landeseigenen Unternehmen bewegt sich im Jahr zwischen 4 und 5 Milliarden Euro.



Von links nach rechts: Franz Groll, Uli Maurer (MdB) und Walter Kubach bei der Eröffnung des Regionalbüros Ost-Württemberg in Ulm. Bereits im August wurde das neue Landesbüro der LINKEN für die Region Ost-Württemberg (Aalen bis Ravensburg) eröffnet. Zur Feier waren viele örtliche linke Gruppen und Organisationen und natürlich die Genossinnen und Genossen aus der Region gekommen.

Die Anschrift ist: DIE LINKE. Regionalbüro Ost-Württemberg, Lindenstr. 27, 89077 Ulm, Tel.: 0731/3988823 Fax /3988824. Das Büro ist zu festen Zeiten jeweils am Dienstag und Donnerstag von 9.30–17.30 Uhr besetzt. Ansprechpartner ist Walter Kubach, zu erreichen unter Tel. 0731/3988823, Fax: 0731/3988824 und Mobil: 0160/90792292.

Haushaltsberatungen in Mannheim:

Mehreinnahmen auch für soziale Zwecke verwenden!

In Kürze stehen die Haushaltsberatungen im Gemeinderat für den Doppelhaushalt 2008-2009 an. Die „Linke Liste Mannheim“ (LiLi) wird sich an diesen Beratungen wieder intensiv beteiligen. Unsere Forderungen werden sich selbstredend an den ureigenen Interessen der breiten Bevölkerungsmehrheit orientieren. Die Stichworte können daher nur lauten: Arbeit, Bildung, Einnahmesituation, Soziales. Wobei beim Sozialen unser Schwerpunkt wiederum auf der Wiedereinführung des Sozialpasses liegen wird.

Zunächst kann an dieser Stelle auch einmal etwas Erfreuliches vermeldet werden: Die Einnahmesituation der Stadt hat sich in diesem Jahr so gut entwickelt, das keine neuen Schulden gemacht werden müssen und sogar ca. 50 Millionen Euro in die allgemeine Rücklage fließen werden. Allerdings dürfte diese Situation zumindest in der Höhe einmaligen Charakter haben. Ca. 174 Millionen Euro wird die Stadt in 2007 mehr einnehmen und dafür aber auch ca. 45 Millionen mehr ausgeben dürfen. Rund 100 Millionen der Mehreinnahmen stammen von Roche Diagnostics. Unter Federführung des allseits beliebten Gönners der städtischen Museen Curt Engelhorn wurde in diesem Konzern ein kriminelles System der Steuerhinterziehung aufgezo-gen. Dies kam ans Licht und Roche musste nachzahlen. Aber nur für die letzten zehn Jahre. Der vermutlich riesige Rest aus den Jahren davor war aus Verjährungsgründen verloren.

Die Mehreinnahmen müssen dazu genutzt werden, einen vernünftigen Mix aus Investitionen in Bildung, Soziales und Infrastruktur auf der einen, sowie Schuldenabbau auf der anderen Seite herzustellen.

Insbesondere Im Bereich der Bildung und Kinderbetreuung muss jetzt endlich einiges gebessert werden. Die Kindertagesstätten sind ausreichend mit Personal zu versorgen. Armen Kindern muss im Bedarfsfall ein kostenloses Mittagessen zur Verfügung stehen. An den Schulen müssen ausreichend Sozialarbeiter an-gestellt werden und die auszubauenden Ganztageseschulen sind auch zu finanzieren. Hinzu kommen die Kürzungen bei den freien Trägern der Wohlfahrts-pflege, die rückgängig zu machen sind. Dagegen dürfte die Finanzierung der Wiedereinführung des Sozialpasses ein eher geringer Kostenfaktor sein.

Die Investitionen in die Straßen, Brücken und öffentliche Gebäude müs-

sen aufgestockt werden. Aber das Hoch- und Tiefbaumat braucht zur Erledigung dieser Aufgaben aber auch genügend Personal. Das gilt übrigens auch für die anderen Bereiche der Stadtverwaltung.

Die mittelfristige Finanzplanung geht davon aus, dass sich vieles mit der verbesserten Einnahmesituation umsetzen ließe. Trotzdem bleibt eine unserer zentralen Forderungen die Wiederanhebung der Gewerbesteuer auf den Satz von 2000. CDU und ML hatten damals eine völlig unsinnige Senkung durchgesetzt. Das hat die Stadt seither mindestens 80 Millionen Euro gekostet. Zur Verstetigung der Einnahmen ist die Wiederanhebung berechtigt. Mit einem Satz von dann 430 Hebesatzpunkten läge Mannheim genau im Durchschnitt aller vergleichbaren deutschen Städte.

stk (Vorabdruck aus den LiLiMa-Nachrichten Dezember 2007)

Stuttgart, Kurzfassung der Haushaltsrede von DIE LINKE. Stadträtin Ulrike Küstler:

Nur eine sozial gerechte Stadt ist eine zukunftsfähige Stadt!

Eine moderne Stadtgesellschaft muss die Lebensbedingungen aller Menschen sichern. Große Investitionen und Events



nützen nichts, wenn zugleich Armut und Ausgrenzung wachsen. Darum muss die Kinderarmut bekämpft und die BonusCard verbessert werden. Bildung und Betreuung brauchen nicht nur mehr Angebote, sondern auch eine

hohe Qualität. Schulen und Kitas brauchen genug Fachpersonal, geeignete Räume und ausreichende Ausstattung. Bildung und Essen in der Schule müssen kostenlos sein. Ämter und städtische Betriebe können nur gute Dienstleistungen bieten, wenn sie genug Personal haben. Den Krankenhäusern muss die Stadt genug Geld für notwendige Investitionen geben. Die SSB braucht Zuschüsse für den Streckenausbau und die Zusatzkosten von Stuttgart 21, sonst wird dies durch Preiserhöhungen auf die Benutzer abgewälzt und der Autoverkehr wächst wieder an. Die Stadt muss den sozialen Wohnungsbau stärken, damit die Notfälle weniger werden und Leute mit wenig Geld und mit Kindern eine bezahlbare Wohnung finden. Die Grundsteuersenkung lehne ich ab. Das

Neue Startbahn: Rücksichtslos...

...und maßlos sind die Pläne der Stuttgarter Flughafen AG. Jedes Jahr 5,3 % mehr Flugverkehr prognostiziert Herr Fundel. Dies ist aber ganz ungewiss und auch nicht zu wünschen. Denn dafür soll weiter guter Boden verbaut, mehr Dreck und Lärm erzeugt werden. Gewerbe und Landwirtschaft auf den Fildern könnten sich nicht mehr entwickeln. Die geplante Verkürzung der Nachtruhe auf fünf Stunden greift die Gesundheit der Leute an. Die Nachteile sind viel größer als die Vorteile. Notwendig ist daher ein Gesamtkonzept für eine vernünftige Mobilität. Ein schneller, preiswerter Bahnverkehr macht viele Inlandsflüge unnötig. Was wäre schlimm, wenn einige Fernflüge anderswo starten? Rücksichtslos ist auch, dass wieder einmal das Land Fakten setzen will. Solche Entscheidungen, die das Leben der Menschen stark verändern, dürfen die gewählten Repräsentanten nicht ohne oder gegen die Betroffenen fällen. DIE LINKE ist gegen die zweite Startbahn. *Amtsblatt Stuttgart 48/2007*

Die Anträge der Tübinger Linken zum Etat-Entwurf 2008

Vorrang für Soziales

Die TÜLL-Fraktion will im Etat 2008 deutlich mehr Geld für den sozialen Bereich herausholen. Zur Finanzierung der etwa 20 Änderungswünsche sollen die Steuereinnahmen um drei Millionen Euro höher angesetzt werden.

Die TÜLL-Anträge beziehen sich allesamt auf den Verwaltungsetat, wo sich die vierköpfige Fraktion nicht nur mit optimistischen Steuerschätzungen Luft verschafft. Daneben will sie bei den Mietzuschüssen für den Technologiepark 200000 und bei der Wirtschaftsförderungs-GmbH 50000 Euro streichen. Weitere Ausgaben von jährlich etwa 280000 Euro möchte die TÜLL dadurch vermeiden, dass die Sporthallen GmbH samt ihren Defiziten in die Stadtwerke eingegliedert wird.

Zu den wichtigsten Forderungen der TÜLL gehört die Abschaffung der Kindergartengebühren: Hier soll die Stadt in einem ersten Schritt 400000 Euro mehr aufbringen, damit die Eltern entsprechend entlastet werden können. Zudem

will man den Personaletat für die Erzieherinnen um 460000 Euro aufstocken. 300000 Euro möchte die TÜLL in einen Fonds stecken, der das Schulessen und die nötigen Lernmittel für alle Schüler absichert. Zusätzliche 80000 Euro beantragt sie für die Ausweitung der Schulsozialarbeit.

Der Altenhilfe GmbH will die TÜLL einen Zuschuss von 150000 Euro zukommen lassen. Des Weiteren sollen die Zahlungen für soziale Einrichtungen um 100000 und für die Kulturvereine um 50000 Euro erhöht werden. Mit 25000 Euro möchte die Fraktion den städtischen Mitarbeitern den Kauf eines Job-Tickets erleichtern. Und 22000 Euro verlangt sie, um Ein-Euro-Jobbern feste Verträge und ein Weihnachtsgeld anbieten zu können.

Dem Plan von OB Palmer, zur Sicherung der Nachtruhe zwei weitere Bütel einzustellen, kann die TÜLL nichts abgewinnen. Sie würde für dieses Geld lieber zwei Streetworker anheuern. Und genauso unsinnig ist es nach Ansicht der Fraktion, die Vollzugsbeamten mit neuen blauen Uniformen auszustatten. Die 25000 Euro, die dafür nötig sind, sollte man ihnen besser als Weihnachtsgatifikation zukommen lassen.

(aus dem Schwäbischen Tagblatt)

Die Leistungen des Konstanzer Sozialpasses müssen erweitert werden



Vera Hemm, Stadträtin der LINKE. Liste Konstanz

Durch die zunehmende Verarmung von Kindern, Langzeitarbeitslosen und anderen Betroffenen der Hartz IV-Gesetzgebung, sind immer mehr Personen praktisch vom gesellschaftlichen Leben

ausgeschlossen. Die Kommune kann zwar nicht die Bundesgesetze ändern, steht jedoch in der Verantwortung, ihrer sozialen Verantwortung und ihren Aufgaben für die Sicherstellung der Daseinsvorsorge nachzukommen.

Zentrale Punkte sind hierbei die Milderung der Kinderarmut und mehr Teilhabe am gesellschaftlichen Leben durch die kostenlose Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs sowie durch die Nutzung der kulturellen und Bildungseinrichtungen. DIE LINKE.Liste Konstanz fordert deshalb umfassende Leistungserweiterungen beim Sozialpass.

Wie bereits mehrfach öffentlich berichtet wurde, gibt es auch in Konstanz Schülerinnen und Schüler, die sich den Beitrag für das schulische Mittagessen nicht mehr leisten können. Auf ein Anschreiben der Linken Liste haben sich die Diakonie Konstanz, der Caritasverband Konstanz und die Arbeiterwohlfahrt zu den Konstanzer Verhältnissen geäußert: Übereinstimmend fordern deren VertreterInnen eine Vergünstigung oder Kostenübernahme für das schulische Mittagessen sowie Zuschüsse für Schulmaterialien (besonders für Schulanfängerinnen und Schulanfänger oder bei einem Schulwechsel). Die Diakonie hält darüber hinaus weitere Vergünstigungen im ÖPNV für wünschenswert, da eine Monatsschülerkarte für arme Familien kaum zu finanzieren sei. Der Caritasverband Konstanz hält eine Ermäßigung der Tarife bzw. kostenlose Nutzung der Stadtbücherei für sinnvoll.

DIE LINKE.Liste Konstanz fordert deshalb folgende Verbesserungen des Sozialpasses:

- die Übernahme der Kosten für das Schulessen bei allen Betreuungs- und Bildungsangeboten,
- die kostenlose Nutzung der städtischen kulturellen und sportlichen Einrichtungen (Bäder, Stadttheater, Museen und Stadtbücherei) und
- die kostenlose Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs. Zusätzlich wäre ein Sonderetat der Stadt Konstanz für Lernmittel und andere Utensilien, die bei Einschulung bzw. Schulwechsel zwingend angeschafft werden müssen, sinnvoll.

Eine weitere wichtige Maßnahme ist, dass die Möglichkeit, einen Sozialpass zu beantragen, auch allen Betroffenen bekannt sein muss. Deswegen müssen entsprechende Informationen im Jobcenter, Sozialamt und Bürgerbüro ausgelegt werden.

Diesen Forderungen wird im Februar und März durch öffentliche Aktionen Nachdruck verliehen werden, um auf der März-Gemeinderatssitzung konkrete Ergebnisse erzielen zu können.

„Weinheimer Nachrichten“ vom 11. November über linke Kommunalpolitik Bündnisarbeit ein wichtiger Pfeiler

Zum Auftakt einer Veranstaltungsreihe über Kommunalpolitik hatte der Weinheimer Ortsverein der Partei „Die Linke“ die Stuttgarter Stadträtin Ulrike Küstler eingeladen. Moderator Carsten Labudda konnte gut 20 Gäste begrüßen.

Thema des Abends war die Frage, was linke Kommunalpolitik ausmacht. Küstler referierte hierzu anhand von

Beispielen aus ihrer Arbeit als Stadträtin in der Landeshauptstadt.

Grundlage ihres Wirkens sei die gesetzlich festgelegte Allzuständigkeit der Kommunen. Das bedeutet, dass die Kommunen über alles entscheiden, was nicht durch Bundes- oder Landesgesetze vorgeschrieben ist. „Im Gegensatz zu vielen anderen trennen wir die Fragen in den Gemeinden nicht von den großen Fragen“, sagte Küstler. Als Beispiel führte sie aus, dass sie den Stuttgarter Gemeinderat dazu bewegen konnte, eine Resolution gegen den Irak-Krieg zu verabschieden. Auch, wenn die logistische und materielle Unterstützung dieses Krieges durch den Bundestag beschlossen wurde, betreffe er auch die Menschen in den Städten und Gemeinden. Zum Einen sei das eine moralische Frage.

Zum Zweiten verursache der Krieg unermessliches Leid und dadurch Flüchtlingsströme. Diese Menschen suchten auch in Deutschland Schutz und Hilfe. Versorgt würden sie hier aber nicht vom Verteidigungsministerium, sondern von den Kommunen. Zum Dritten enge die Entscheidung des Bundes seine materiellen Möglichkeiten ein, was auch die Kommunen zu spüren bekämen. Die Allzuständigkeit der Kommunen bedeute für Küstler auch, dass Bündnisarbeit ein wichtiger Pfeiler ihrer Arbeit ist. Die Arbeit im Gemeinderat finde nicht im luftleeren Raum statt, sondern könne nur in Zusammenarbeit mit den Bürgern und ihren Vereinen und Gruppen vor Ort erfolgen. Besonders in den Sozialverbänden sieht Küstler wichtige Partner. „Wir setzen uns besonders für Bedürftige ein“, weshalb die Erfahrungen und Ideen der Verbände, die täglich für Arbeitslose, Geringverdiener und Rentner tätig sind, unverzichtbar für linke Kommunalpolitik seien.

„Kommunalpolitik ist Demokratie von unten“, begann Küstler den dritten Teil ihres Referats. Um das zu ermöglichen, seien Sachlichkeit und Transparenz in der politischen Arbeit unbedingt nötig. Die Bürger müssten zum Einen merken, dass es um ihre Fragen gehe und nicht um persönliche Eitelkeiten. Zum Anderen können die Bürger sich nur dann in politische Sachfragen einbringen, wenn sie über umfassende und klare Informationen verfügen. So solle Küstler dafür, dass alle ihre Reden direkt nach den Sitzungen des Gemeinderates im Internet nachgelesen werden können. Als dritten Punkt zu diesem Thema betonte sie die Wichtigkeit politischer Bildung. Nicht jeder sei ein geborenes Redetalent oder Meister im Schreiben von Anträgen und Artikeln. Hier bemühe sich die Linke um die Vermittlung elementarer Techniken, denn „jeder Mann, jede Frau soll in der Politik mitmachen können.“



Stadträtin Gudrun Kuch neben Dr. Stefan Fust-Blei, SPD-Fraktionsführer.

Büroeröffnung in Mannheim DIE LINKE im Quadrat

Am 19. Oktober eröffnete DIE LINKE in Kooperation mit ihrer Bundestagsabgeordneten Karin Binder in Mannheim ein neues Regionalbüro. Gekommen waren Gäste der Linken aus dem Umland, VertreterInnen von sozialen und linken Initiativen, GewerkschafterInnen sowie Bernd Riexinger (Landesvorstand), Karin Binder (Bundestagsabgeordnete) und auch der SPD-Fraktionsführer Dr. Stefan Fust-Blei aus dem Mannheimer Stadtrat, als offizieller Vertreter der Stadt Mannheim.

„Die Eröffnung des Regionalbüros Mannheim ist ein wichtiger Schritt, haben doch gerade Mannheim mit seinen überdurchschnittlichen Wahlergebnis-

sen einen wichtigen Beitrag für den Wahlerfolg der LINKEN geleistet“, so Bernd Riexinger in seiner Eröffnungsrede. Karin Binder unterstrich die Wichtigkeit der Kooperation zwischen Partei und Fraktion und die Notwendigkeit, dass die Linke vor Ort für die BürgerInnen direkt ansprechbar und erreichbar sein muss. Stadträtin Gudrun Kuch verdeutlichte dies an den spezifischen

Problemen in Mannheim und verwies auf aktuelle Projekte wie den Sozialpass und andere Aktivitäten der Linken um Kinderarmut und Sozialkassenschlag entgegenzutreten.

Das Mannheimer Regionalbüro wird damit künftig interessierten BürgerInnen als Anlaufstelle zur Partei, der Stadträtin und zur Bundestagsfraktion dienen. Das Büro befindet sich in den sogenannten Quadraten, also der Mannheimer Innenstadt und ist für die MannheimerInnen, und für auswärtige Gäste gut erreichbar. Das Büro ist regelmäßig geöffnet: Mo 12.30–14.30 Uhr, Di und Mi 11–13 Uhr und Freitag 16–18 Uhr. Tel: 0621-1227218 und 0621-4017137, Mail: mannheim@karin-binder.de und buero-ma@dielinke-bw.de.

MitarbeiterInnen gesucht

Aufbau eines Bildungsnetzwerkes im Landesverband Baden-Württemberg, von Stefan Straub

Nachdem die Gründungsaktivitäten erfolgreich abgeschlossen sind und die neue Partei im Bewusstsein der Bürger – zumindest nach den Umfragewerten – angekommen ist, stehen wir jetzt vor der Aufgabe, die Grundlagen dafür zu legen, dass wir uns in der Gesellschaft verankern und nachhaltig die gesellschaftliche Entwicklung verändern. Neben den Wahlantritten auf allen Ebenen gehören dazu vor allem die systematischen und auf Dauer angelegten Aktivitätsformen in folgenden Bereichen:

- Entwicklung von linken Positionen und linker Politik zu den jeweils aktuellen politischen Handlungsfeldern und die Installierung von Formen und Wegen, diese Positionen in der Bevölkerung bekannt zu machen und Zustimmung und Mehrheiten dafür zu gewinnen. Dazu brauchen wir qualifizierte fachliche Arbeit (z.B. Fachkonferenzen mit hoher Kompetenz und mit Breitenwirkung, Entwicklung einer guten Diskussionskultur im Inneren, dauernd arbeitende Fachgruppen mit Vertretern aus den jeweiligen Politikbereichen, die die dortigen Fragen in die Fachgruppenarbeit einbringen und die Ergebnisse sowohl in die Partei als auch in die jeweiligen Organisationen transportieren...)

- gute Ergebnisse bei Wahlen zu allen politischen Gremien, um in allen demokratisch gewählten Entscheidungsgremien stark mit Personen und Argumenten vertreten zu sein und damit unsere Positionen bei der Bevölkerung vor Ort und bundesweit ein „Gesicht“ bekommen;

- und nicht zuletzt müssen wir uns selber qualifizieren, damit die aktuelle Unzufriedenheit mit der Politik der herrschenden Parteien und der Wunsch nach einer anderen Politik auch in unseren Köpfen sowie in den Köpfen der Bevölkerung durch Wissen über das Funktionieren unserer Gesellschaft und über die unterschiedlichen Interessen hinter den jeweiligen Politikkonzepten in ein fundiertes und nachhaltiges linkes Bewusstsein übergehen kann.

In enger Abstimmung mit den Planungen und Aktivitäten auf Bundesebene und mit den eigenständigen Planungen des Rosa-Luxemburg-Forums wollen wir für unseren Landesverband ein Konzept für den Aufbau eines Bildungsnetzwerkes erarbeiten. Dazu soll es Anfang nächsten Jahres ein erstes Treffen von Mitgliedern geben, die sich dafür interessieren und die bereit sind in einer Steuerungsgruppe verbindlich mitzuarbeiten. Interessenten melden sich bitte im Landesbüro oder telefonisch bei Stefan Straub, (unter der Nummer 07121/205133) oder per email (stefan.straub-reutlingen@arcor.de).

Buchbesprechung: Freiburger Bürgerentscheid gegen den Wohnungsverkauf

Erstmals kommen nun in diesem Buch viele Menschen zu Wort, die die Mütter und Väter dieses Erfolges sind, Menschen, die in unterschiedlichen Rollen und Positionen sich mit unglaublichem Engagement, mit beispielloser Kreativität und einer Menge Zivilcourage gegen eine vermeintliche Übermacht aus Stadtverwaltungsspitze und Gemeinderatsmehrheit zur Wehr setzten. Die Bürgerinitiative fasst ihre Erfahrungen zusammen, gibt Einblick in ihre Erfolgsstrategie und berichtet über ihre Auseinandersetzungen mit der Arroganz der „städtischen Macht“. Dieser Prozess erregte bundesweites Aufsehen, da die Private Equity Gesellschaften massiv auf den lukrativen deutschen Wohnungsmarkt drängten und die finanziell klammen Kommunen – durch den Bund im Stich gelassen – hier einen Ausweg aus der Schuldenfalle sahen.

Ein vermeintlich einfacher Weg, der nun „nach Freiburg“ kaum noch erfolgversprechend ist. Viele scheinen den Spaß am „Wohnopoly-Spiel“ zumindest

vorläufig verloren zu haben. Es ist aber auch ein Buch all der Menschen, die sich darüber freuen, dass es den vielen kleinen Leuten da unten gelungen ist, gegen die vermeintliche Allmacht der Herren da oben einen bedeutsamen Erfolg zu erzielen.

176 Seiten stark, mehr als 50 AutorInnen, viele Bilder und vor allem ein sensationelles Erinnerung. Ein Dokument für alle, die mitgemacht haben und die dabei waren, ebenso wie für alle, die mitbekommen möchten, wie die Bewegung in Freiburg entstanden ist und der Bürgerentscheid gewonnen werden konnte.

Das Buch kostet einen unglaublichen Solidaritätspreis von nur 10 Euro. Der Ertrag wird in vollem Umfang der wohnungspolitischen Arbeit von WIM zugute kommen. Nicht die Wohnungen werden verkauft, sondern Bücher, die beschreiben, wie ein Ausverkauf von wertvollem Gemeinbesitz verhindert werden darf.

Das Buch ist erhältlich über www.wohnen-ist-menschenrecht.de und natürlich im Buchhandel:

Sebastian Klus – Günter Rausch – Anne Reyers (Hrsg.), „Wohnen ist Menschenrecht – Ein erfolgreicher Bürgerentscheid in Freiburg“, AG SPARK Bücher, Neu-Ulm, ISBN 978-3-930830-95-4

Landesausschuss am 10. Februar

Auf Beschluss des Landesvorstandes ist der Landesausschuss einberufen auf Sonntag, 10. Februar nach Stuttgart. Ort, Zeitplan und Tagesordnungsvorschlag gehen im Januar den Kreisverbänden zu. Wir bitten alle Kreisverbände, ihre VertreterInnen zu wählen. Nach Landessatzung hat jeder Kreisverband eine/n Delegierten. Kreisverbände mit mehr als 100 Mitgliedern erhalten pro weitere 100 Mitglieder ein weiteres Delegiertenmandat. Derzeit haben alle Kreisverbände ein Mandat, außer Stuttgart (2).

Der Landesfinanzrat ist einberufen auf Samstag, 19. Januar nach Stuttgart. Diesem Gremium gehören alle Finanzverantwortlichen bzw. Schatzmeister aus den Kreisen an.

Terminübersicht

- 11./12.1. Klausur des Landesvorstandes
- 19.1.: Landesfinanzrat (Christoph)
- 26.1. Landes-AG Betrieb/Gewerkschaft (Bernd, Hasso, Stephan)
- 2.2. Treffen der Landesvorsitzenden (West);
- 10.2.: Landesausschuss
- 16.2. Bundesausschuss
- 29.3. Beratung der Landesvorsitzenden
- März/ regionale Mitgliederversammlungen im Land; Wahl
- April der 24 Bundesdelegierten aus BaWü, plus Kommunalworkshops, Optimierung kommunales Eckpunkt Papier, Debatte über Schwerpunktkandidaturen zu den Kommunalwahlen 2009.
- 24./25.5. Bundesparteitag

Leitantrag der Partei DIE LINKE Landesverband Baden-Württemberg

beschlossen vom Landesparteitag am 20./21.10.2007 in Stuttgart

DIE LINKE sieht sich seit der Gründung der Bundespartei am 16. Juni 2007 im politischen Aufwind.

Immer mehr Menschen erkennen, dass es zur neoliberalen Politik der großen Koalition und der sie in der Richtung unterstützenden Grünen und FDP eine ernst zu nehmende politische Alternative gibt. Sie steht für eine grundlegend andere Politik. Nach Umfragen liegt die neue Partei bundesweit im zweistelligen Bereich und wäre in Baden-Württemberg im Landtag vertreten.

Das bestätigt unsere Politik im Lande. Die meisten Menschen haben erfahren, dass während der wirtschaftlichen Stagnation zu ihren Lasten umverteilt wurde und jetzt während des wirtschaftlichen Aufschwungs ebenfalls. 70 % geben an, dass der Aufschwung an ihnen vorbeigeht. Die Früchte des wirtschaftlichen Aufschwungs eignen sich mit tatkräftiger Hilfe der großen Koalition die Reichen und Kapitalgesellschaften an.

Es freut uns, dass von über 60 % der Bevölkerung unsere aktuellen Forderungen geteilt werden, wie

- Bundeswehr raus aus Afghanistan!
- Weg mit Hartz IV!
- Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes von 8 € plus, mit dem Ziel, in schnellen Schritten 10 € zu erreichen!
- Abschaffung der Rente mit 67!

Die baden-württembergische LINKE hat diese vier bundespolitischen Themen seit längerem aufgegriffen und wird die dazu begonnenen Kampagnen in den Kreisen verstärkt fortsetzen.

- Militärische Interventionen und Auslandseinsätze führen

nur zur Verschärfung der Konflikte und drehen die gefährliche Spirale der Militarisierung der Außenpolitik weiter.

DIE LINKE bleibt dabei: Die Bundeswehr muss raus aus Afghanistan. Keine Auslandseinsätze der Bundeswehr. Wir fordern einen Stopp von öffentlichen Geldern für die Unterstützung von Rüstungskonzernen und der militärischen Forschung.

- 7,4 Millionen Menschen in Deutschland, davon über 500 000 in Baden-Württemberg (SGB II-Empfänger, davon 360 000 erwerbsfähig) müssen ganz oder teilweise von Hartz IV leben. Das ist eine katastrophale Bankrotterklärung für eines der reichsten Länder der Welt. Deshalb bleibt es bei unserer Position, dass Hartz IV abgeschafft und dafür eine Grundversicherung von mindestens 500 € (plus Miete, plus Mietnebenkosten, plus Energiekosten) eingeführt werden muss.

- Der Niedriglohnbereich und die Minijobs nehmen dramatisch zu. Löhne unter 6 € die Stunde werden auch in Baden-Württemberg bezahlt, z.B. bei privaten Postzustellern oder im Bewachungs- und Sicherheitsgewerbe. Diese Menschen sind trotz Vollzeitarbeit arm. Deshalb kämpfen wir für einen gesetzlichen Mindestlohn von 8 € plus und fordern, dass das Land Baden-Württemberg und die Kommunen keine Aufträge an Firmen vergeben dürfen, die Löhne unter den ortsüblichen Tarifen bezahlen.

- Die Rente mit 67 erweist sich als gigantisches Rentenkürzungsprogramm und wird das Risiko der Armut im Alter vergrößern. Sie belastet die junge Generation, die später noch weniger Rente erhalten wird und während ihres unsicheren Arbeitslebens zusätzlich die sozialen Folgen der produzierten Altersarmut tragen muss. Die Landespartei wird sich aktiv an der bundesweiten Kampagne gegen die Rente mit 67 beteiligen. Sie unterstützt zugleich die Kampagne der Gewerkschaften für weitere gesetzliche und tarifliche Altersteilzeitregelungen. Mit der bisherigen Altersteilzeit wurden Ausbildungsplätze geschaffen und die Übernahme von Ausgebildeten verbessert. Der Kampf um staatlich geförderte Altersteilzeit und gegen die Rente mit 67 gehören unmittelbar zusammen.

LINKE in Baden-Württemberg gut aufgestellt

DIE LINKE in Baden Württemberg ist zum Start der neuen Partei gut aufgestellt. Seit Gründung der Bundespartei konnten wir entgegen dem Trend in anderen Parteien etwa 300 neue Mitglieder begrüßen. In allen Kreisen wurden Kreisverbände gebildet und Kreisvorstände gewählt. Auch bei den Jugendlichen gewinnt DIE LINKE an Attraktivität, was sich u.a. im Zulauf der Jugendorganisation Solid niederschlägt. In vier Regionen konnten wir bereits Regionalbüros aufbauen, um unsere Präsenz in den Regionen zu verstärken.

In Baden-Württemberg gibt es viele Gründe für eine starke LINKE. Die schwarz-gelbe Regierung steht in besonderem Maße für eine neoliberale Wirtschafts- und Sozialpolitik, die dazu beiträgt, dass auch hier der Aufschwung an der Mehrheit der Bevölkerung vorbei geht.

Skandalös ist das Versagen der Landesregierung in der Bildungspolitik, indem sie stur am dreigliedrigen Bildungssystem aus dem 19. Jahrhundert festhält und im öffentlichen Schulsystem nur noch verschärfte Auslese und Mängelverwaltung betreibt. Die Folgen sind ungenügend geförderte und ausgebildete HauptschülerInnen, die chancenlos auf der Jagd nach einer der wenigen Lehrstellen sind, 8–9.000 Schulabgänger pro Jahr ohne jeglichen Abschluss, immer mehr soziale Auslese und Ausgrenzung statt Integration von Kindern mit Migrationshintergrund und eine katastrophale Einstellungspolitik von Junglehrern. Diese Politik ist kinder- und bildungsfeindlich und schadet den Jugendlichen, der demokratischen Entwicklung unserer Gesellschaft und selbst dem Fachkräftenachwuchs in der Wirtschaft. Die Linke setzt sich deshalb für eine kindgerechte NEUE SCHULE ein, die allen Kindern gleiche Chancen und individuelle Förderung durch gemeinschaftliche Erziehung und Bildung bis zur 10. Klasse in einer wohn-

ortnahen Gemeinschaftsschule mit der Mittlerer Reife als Regelabschluss bieten will. Die Senkung des Klassenteilers in allen Schularten und die entsprechende Lehrereinstellung sind unerlässlich, um die notwendige Schulreform zu ermöglichen. Alle Schulabgänger müssen einen Ausbildungsplatz angeboten bekommen, dafür sind – auch vom öffentlichen Dienst – genügend Lehrstellen anzubieten.

Neben der Zunahme der Armut im Alter und bei allein stehenden Frauen ist vor allem die Kinderarmut erschreckend. Bundesweit hat das „Kinderland“ Baden-Württemberg den höchsten Zuwachs, 148.000 Kinder unter 15 Jahren wachsen hier in Armut auf, weil immer mehr Eltern arbeitslos sind oder von Niedriglöhnen leben müssen. DIE LINKE in Baden-Württemberg fordert ein Sofortprogramm gegen Kinderarmut und die flächendeckende Schaffung von gebührenfreien Ganztagesstätten, in denen Kinder ab dem ersten Lebensjahr durch qualifizierte Kräfte betreut werden und in denen eine qualifizierte Vorschulerziehung stattfindet. Von den Kommunen und Kreisen fordern wir für Familien mit ALG-II-Bezieherinnen oder mit Geringverdienern einen Sozialpass, damit nicht immer mehr Menschen von der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen werden. Dafür suchen wir ein breites gesellschaftliches Bündnis mit gewerkschaftlichen, karitativen, kirchlichen und sozialen Organisationen und Bewegungen. Kinder aus ALG-II-Familien und von Geringverdienern werden systematisch von der Chancengleichheit in der Bildung ausgeschlossen, da in den Regelsätzen von Hartz IV für Kinder und Jugendliche kein Cent für Bildung vorgesehen ist. Deshalb treten wir ein für eine kostenlose Grundausstattung für Erstklässler und für alle Schulübergänge, für gebührenfreies Schulesen und freie Teilnahme an Zusatzangeboten in Ganztagschulen sowie eine Durchsetzung der Lernmittelfreiheit in der Landesverfassung. Bildung ist keine Ware, sondern ein Grundrecht jedes Menschen. Deshalb treten wir für Gebührenfreiheit von der Kita bis zur Uni ein.

DIE LINKE in Baden-Württemberg will sich als wichtige Kraft in der Landespolitik etablieren. Sie steht für eine klare Oppositionspolitik gegen die schwarz-gelbe Regierung und für eine Politik sozialer Gerechtigkeit mit klarem ökologischen Profil, in dessen Zentrum der Umbau der Energiegewinnung von fossiler auf regenerative Energie und deren sparsamer Verbrauch steht.

Der Klimaschutz und der „Peak Oil“ verlangen eine Umstellung der bisherigen, veralteten Produktionsweisen und -prozesse hin zu einer zukunftsfähigen und mit der Natur verträglichen Wirtschaftsweise. Wir rufen dazu auf, in allen Landkreisen nachhaltige, autonome Konzepte zu entwickeln und umzusetzen, die auf erneuerbaren Energien und Rohstoffen basieren.

Darüber hinaus wendet sich Die Linke. Baden-Württemberg gegen Freilandversuche von genveränderten Pflanzen. Sie bekämpft die Agro-Gentechnik und unterstützt die Bildung gentechnikfreier Zonen in Baden-Württemberg.

Im Unterschied zu den Grünen und der SPD verbindet DIE LINKE ökologische Politik mit einer Politik der sozialen Gerechtigkeit. Diese Position haben SPD und Grüne längst aufgegeben.

DIE LINKE in Baden-Württemberg hat bereits mit der Vorbereitung der Kommunalwahlen für 2009 begonnen und arbeitet derzeit an einem kommunalpolitischen Programm. Unser Ziel ist es, in die Kommunalparlamente aller Groß- und Kreisstädte sowie in zahlreichen anderen Städten und Gemeinden einzuziehen und allen Menschen, die sich gegen die zunehmende Verarmung, Ausgrenzung, Entwürdigung und Entrechtung zur Wehr setzen, auch dort eine Stimme zu geben.

Wir laden alle interessierten Bürger/innen, die unser Programm unterstützen, auch wenn sie nicht Mitglied unserer Partei sind, dazu ein, auf unseren Listen zu kandidieren. Einige der wichtigsten Eckpunkte haben wir bereits in unserem

Landtagswahlprogramm entwickelt:

- Keine Privatisierung öffentlicher Einrichtungen und Dienstleistungen. Rekommunalisierung bereits privatisierter Bereiche. Dabei hat die öffentliche Kontrolle über die Energiewirtschaft aus sozialen und ökologischen Gründen höchste Priorität.
- Ausbau des öffentlichen Personen-Nahverkehrs.
- Die Einführung von Sozialpässen in den Städten und Kommunen.
- Gebührenfreie Kindertagesstätten und Ganztagsbetreuung für Kinder vom 1. Lebensjahr an.
- Erhalt und Ausbau einer bürgernahen Gesundheitsversorgung. Keine GmbHisierung und Privatisierung der Krankenhäuser.
- Ausbau direkter Demokratie durch Bürgerbegehren und Bürgerentscheide.
- Bessere Finanzausstattung der Kommunen.
- Ausbau kommunaler Infrastruktur nach sozialen und ökologischen Gesichtspunkten statt Großprojekte wie Stuttgart 21.

DIE LINKE in Baden-Württemberg wendet sich gegen die Neuauflage von Berufsverboten für fortschrittliche Beamte und tritt den Bestrebungen zur Etablierung eines Überwachungsstaates (Datenvorratsspeicherung, Onlinedurchsuchung, Paragraph 129, etc) entschieden entgegen.

Wir wollen eine demokratische, offene Gesellschaft und keinen repressiven Staat. Wir fordern gleiche Rechte für alle Menschen, die in diesem Land leben und arbeiten. Wir treten ein für eine humane Asylpolitik. Rassistische, nationalistische und neofaschistische Formierungen bedeuten eine Gefahr für die Gesellschaft und eine Bedrohung von Minderheiten. Wir fordern die Landesregierung auf, rechtsextreme Denkfabriken wie das Studienzentrum Weikersheim nicht weiter zu unterstützen. Wir fordern die Landesregierung auf, neue Nazi-Formierungen zu bekämpfen, nicht mit Verfassungsschutzleuten in diesen Gruppen, sondern mit allen rechtsstaatlichen Mitteln und einer integrativen Politik gegenüber Migrant/Innen. Antirassistische Jugendinitiativen dürfen nicht bespitzelt, sondern müssen gefördert werden.

Rassismus und Ausländerfeindlichkeit haben in einer demokratischen Gesellschaft keinen Platz. Diese Kräfte werden wir politisch bekämpfen, den öffentlichen Raum gegen sie verteidigen und die antifaschistische Bildungsarbeit intensivieren. Wir werden zivilgesellschaftliche Strukturen gegen Rechtsextremismus stärken. Wir streben einen landesweites „Bündnis gegen Rechts“ mit allen demokratischen Kräften an. Wir wenden uns entschieden gegen alle politischen Kräfte, die ethnische und religiöse Minderheiten in der Bundesrepublik zu Sündenböcken machen wollen oder diesem Denken durch eine verfehlte Wirtschafts- und Sozialpolitik und den Abbau politischer Teilhaberechte den Boden bereiten. Es gehört zu den vordringlichen Aufgaben der Linken, über die bisherigen punktuellen Maßnahmen hinaus ein schlüssiges Konzept gegen den Neonazismus zu entwickeln

Bereits in der Vergangenheit stand DIE LINKE in Baden-Württemberg an der Seite von Gewerkschafter/Innen, Bürgerinitiativen und sozialen Bewegungen, sei es bei Streiks der Metaller/Innen, im öffentlichen Dienst und bei der Telekom, oder in Bürgerinitiativen gegen die Wohnungsprivatisierung in Freiburg oder gegen die Privatisierung des ÖPNV in Pforzheim. Auch in Zukunft werden wir an der Seite der Gewerkschaftskollegen/innen stehen, die um ihren Tarifvertrag und um ihre Arbeitsplätze kämpfen. Wir unterstützen die außerparlamentarischen Bewegungen und Bürgerinitiativen, die sich für eine friedliche Welt, soziale Gerechtigkeit, für mehr Demokratie und Chancengleichheit, gegen Neonazismus, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit, für die Gleichberechtigung der Frauen und die Gleichstellung von Minderheiten und gegen die Zerstörung der Umwelt einsetzen. DIE LINKE wird die fortschrittlichen Positionen der Gewerkschaften und der

sozialen Bewegungen offensiv vertreten und in den jeweiligen Parlamenten dafür eintreten und streiten.

DIE LINKE in Baden-Württemberg wird auch über EU-Politik aufklären, denn die meisten der in der EU verabschiedeten Gesetze haben große Auswirkungen auf der kommunalen Ebene. Wir setzen uns für die Änderung des neuen Lissabonner EU-Vertragstextes ein (95% entsprechen der früheren Verfassung). Die Bevölkerung muss umfassend über alle Bestimmungen und deren Folgen informiert werden, wie z.B. über eine drohende gefährliche Militarisierung der EU. Sie muss dabei die Möglichkeit haben, Änderungsvorschläge einzubringen, die bei mehrheitlicher Unterstützung berücksichtigt werden müssen. Über die Annahme der geänderten Verfassung soll ein Referendum entscheiden.

Über bilaterale Handelsabkommen – aktuell werden Freihandelsabkommen zwischen der EU und Korea, EU und ASEAN verhandelt – sollen bislang noch geschützte Sektoren (z.B. öffentlicher Beschaffungssektor) dem Wettbewerb auf Gegenseitigkeit geöffnet werden, und alle nichttarifären Handelshemmnisse – das sind u.a. Umwelt- und Arbeitsrechtliche Standards (!) beseitigt werden. Im April wurde beschlossen, die Lissabon-Strategie weiter voran zu treiben. Dafür sollen u.a. „ein attraktives Besteuerungssystem, und die Flexibilisierung der Arbeitsmärkte“ in Angriff genommen werden. D.h. weniger Steuern für Unternehmen und weniger Schutz auf dem Arbeitsmarkt für ArbeitnehmerInnen.

DIE LINKE in Baden-Württemberg ist weder verhockt noch ewig gestrig, sondern streitet auf der Straße und in Parlamenten für eine demokratische, solidarische, sozial gerechte und ökologische Gesellschaft und für ein eben solches Europa.

Referendum über den EU-Reformvertrag

beschlossen auf dem Landesparteitag

Auf dem Lissabon-Gipfel haben die Regierungschefs der 27 EU-Mitgliedsstaaten den EU-Reformvertrag angenommen. Ca 90% der Inhalte der EU-Verfassung, die bei Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden abgelehnt wurde, sind in dem Reformvertrag festgeschrieben, d.h. die Inhalte des Reformvertrags sind mit jenen des gescheiterten Verfassungsentwurfs weitgehend identisch. Mit der Zustimmung zu dem Reformvertrag ignorieren die Staatschefs den Willen vieler Millionen Menschen in Europa, die die militaristischen und neoliberalen Inhalte der EU-Verträge ablehnen und eine sozialere Ausrichtung der EU-Politik einfordern.

Wir sagen „Nein“ zu diesem demokratiefeindlichen, neoliberalen und militaristischen Vertrag, der die Mitgliedsstaaten verpflichtet, „ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern“ (Artikel 27, Absatz 3), und der die EU-Staaten auf eine neoliberale Wirtschaftspolitik festlegt.

In allen europäischen Staaten will die Mehrheit der Bevölkerung ein Referendum über diesen Vertrag. Diese Forderung haben etliche Organisationen der Zivilgesellschaft wie Attac auch 27 linke und kommunistische Parteien aus 19 EU-Staaten in einer gemeinsamen Stellungnahme erhoben. Um die Bevölkerungen über die Inhalte dieses EU-Vertrags aufzuklären, muss die Kampagne für ein Referendum von einer breiten öffentlichen Debatte über den Reformvertrag begleitet sein.

Auch der Landesverband Baden-Württemberg unterstützt die Forderung nach einer Volksabstimmung und fordert alle Abgeordneten des Deutschen Bundestages auf, gesetzliche Grundlagen für Referenden in Deutschland zu schaffen.

Mit der Referendumskampagne streben wir ein starkes Bündnis von Partei, Gewerkschaften und entwicklungspolitischen Bewegungen und NGOs, soziale, demokratie-, friedens-, europapolitische und globalisierungskritische Netz-

werke und Initiativen an, das sich gegen die neoliberale, antidemokratische, militaristische und antisoziale Verfasstheit Europas wendet.

Wir wollen ein soziales, ökologisches und demokratisches Europa, das sich für Abrüstung, Menschenrechte und soziale Rechte einsetzt.

Bernd Riexinger, Rede auf dem Landesparteitag in Stuttgart

Liebe Freundinnen und Freunde, Liebe Genossinnen und Genossen,

Die Linke ist bundes- und landesweit im Aufwind. Bundesweit stehen wir in den Umfragen bei 11 %, vor den Grünen und deutlich vor der FDP. Wenn heute Landtagswahlen wären, käme die Linke in BaWü auf 6 % und wäre im Landtag, so die letzte Forsa-Umfrage. Bei Bundestagswahlen wären es sogar 8 %. Ich will Umfragen nicht überbewerten, aber mehr als 300 neue Mitglieder seit der Parteigründung und ein anhaltend positiver Trend sind weitere Anzeichen für die wachsende Attraktivität der Linken in BaWü. Wir haben immer noch viel zu wenig Mitglieder, aber 15 % Zuwachs in nur 4 Monaten, davon können die anderen Parteien nur träumen.

Wir haben große Chancen unsere Position weiter auszubauen, weil immer mehr Menschen erkennen, dass Deutschland nur sozialer werden kann, wenn es eine starke Linke gibt. Die etablierten Parteien haben für viele Menschen an Glaubwürdigkeit verloren, sie erwarten von ihnen keine Verbesserung ihrer sozialen Lage und es liegt an uns, sie davon zu überzeugen, dass die Linke eine wirkliche Alternative, auch in Baden-Württemberg ist.

Schauen wir doch unsere bürgerlichen Gegner und die sozialdemokratische Konkurrenz im Lande an.

Günther Oettinger, der den furchtbaren Nazirichter Filbinger für einen antifaschistischen Widerstandskämpfer hält und von Merkel vor dem vorzeitigen Sturz aus dem Ministerpräsidentenamts gerettet wurde, hält selbst dann noch die neoliberale Fahne hoch, wenn seine Bundespartei gerade dabei ist, sich ein sozialeres Mäntelchen zu verpassen. Arbeitszeitverlängerung, Aushöhlung des Kündigungsschutzes, Steuerbefreiung für die Reichen, dreigliedriges Schulsystem, Großprojekte und Sozialabbau. Es gibt fast keine neoliberale Doktrin, die Oettinger nicht vertritt. So wundert es auch nicht, dass er sich eindeutig gegen die Verlängerung des Arbeitslosengeldes für Ältere ausspricht. Sein Fraktionsvorsitzender Mappus ist so konservativ, dass er selbst im Kohlenkeller noch Schatten wirft. Nein, von der CDU im Lande haben die kleinen Leute nichts zu erwarten

Über das Profil der FDP hüllen wir hier den Mantel des Schweigens. Es lässt sich ohnehin in zwei Wörtern zusammenfassen: Regierungsbeteiligung und Ministerposten. Ihr ehemaliger Wirtschaftsminister Döring, Vorkämpfer der neoliberalen Heilslehre hier im Lande musste vor geraumer Zeit die Unternehmensberatungsfirma wechseln. Seine Bilanz: zwei Firmen, die er beraten hatte, mussten Insolvenz anmelden. Man wusste irgendwie schon immer, dass die Liberalen nichts von Volkswirtschaft verstehen. Aber auf die einzelnen Betriebe kann man sie offensichtlich auch nicht loslassen.

Die grün-verwelkten neuen Neoliberalen mit ökologischem Anstrich geben in ihrer Hochburg BaWü ein seltsames Bild ab. Da beschließt ein Parteitag, den völkerrechtswidrigen Militäreinsatz in Afghanistan zu beenden, und fünf von acht baden-württembergischen Bundestagsabgeordneten stimmen der Verlängerung des Bundeswehrmandates zu, darunter der Fraktionsvorsitzende Fritz Kuhn. Für ihn war es eine Gewissensentscheidung. Was ist aus dieser ehemaligen Partei der Friedensbewegung geworden, wenn Militäreinsätze in anderen Ländern das Gewissen beruhigen. Früher war es eine Gewissensentscheidung gegen Aufrüstung, Angriffskriege



und Militäreinsätze zu stimmen und nicht opportunistisch mit der Bundestagsmehrheit. Wer eine wirkliche Friedenspolitik will und darüber hinaus die Verbindung der ökologischen mit der sozialen Frage, der muss auch in Baden-Württemberg die Linke wählen. Selbst die „Stuttgarter Nachrichten“ fragten in ihrem Kommentar zur Neuwahl der Grünen-Führungsspitze im Land, wofür diese eigentlich stehen? Na ja, wer mit den Schwarzen unter eine Bettdecke will, muss sich eben nach allen Richtungen verbiegen können.

Was ist eigentlich mit der Landes-SPD und ihrer ehemaligen Hoffnungsträgerin Ute Vogt los? Wir erleben gerade das etwas bizarre Schauspiel, wie sich die ohnehin in Baden-Württemberg schwächelnde SPD selbst zerlegt. Der angekündigte Rücktritt von Ute Vogt als Fraktionsvorsitzende ist sicherlich auch einem nicht zu unterschätzenden Maß an Hinterhältigkeit und Demontage durch eigene Parteigenossen geschuldet, aber die wirklichen Ursachen liegen tiefer. Ute Vogt hat alles mitgemacht, was die SPD in das anhaltende Umfragetief gestürzt hat. Sie war glühende Anhängerin der Agenda 2010, sie war für die Rente mit 67 und für die Auslandseinsätze der Bundeswehr. Sie hat als Netzwerkerin an der Politik der sozialen Kälte, die viele Menschen in Armut und existenzielle Unsicherheit gestürzt hat, mitgestrickt. Sie ist jetzt selbst Opfer dieser gescheiterten Politik, weil sich das politische Klima auch dank der Linken im Lande wandelt, aber Ute Vogt zu einem Politikwechsel weder bereit noch in der Lage ist. „Die SPD hat unter ihrem Kanzler Schröder ihre Identität verloren, ihre fehlen seitdem Geist, Mut Herz und Sinn. Die Agenda 2010 liegt auf ihr wie eine Grabplatte“, schrieb letztens Heribert Prantl in der „Süddeutschen Zeitung“ unter der Überschrift „Das letzte Gefecht der SPD.“ Die heutige Führungsschicht der SPD in Baden-Württemberg steht fest auf dieser Grabplatte und verspürt bisher keine sichtbare Neigung sie zur Seite zu räumen. Soziale Politik heißt Schluss mit Hartz IV und der Rente mit 67, heißt aktive Bekämpfung von Armut und Kinderarmut, heißt eine Steuerpolitik zu machen, bei der die reichen wieder ordentlich Steuern bezahlen, heißt die Rechte der Beschäftigten und der Gewerkschaften zu stärken, heißt Menschen nicht von der Zukunftsgestaltung auszuschließen sondern den sozialen Zusammenhalt zu organisieren, heißt einen grundlegenden Politikwechsel einzuleiten. Da von ist die SPD hier im Lande so weit entfernt, wie Edmund Stoiber vom Sozialismus.

Für eine solche Politik braucht es eine starke Linke. Ohne uns würde die SPD nicht einmal über kleine Kurskorrekturen zu ihrer verfehlten Agendapolitik diskutieren, sondern wäre unverdrossen der Meinung, wenn die Vermögenden und das Kapital in der Krise und im Aufschwung reicher werden, könnte man als Sozialdemokrat doch zufrieden sein. Dass 78% der Meinung sind, an ihnen ginge der Aufschwung kom-

plett vorbei, muss bei dieser Sichtweise nicht weiter störend wirken.

Dabei braucht Baden-Württemberg dringend eine linke, radikale und lebendige Oppositionspolitik, und wir sind dabei sie aufzubauen. Baden-Württemberg ist das Bundesland mit dem Bildungssystem, das die härteste soziale Auswahl trifft. Es ist empörend, dass die Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen in hohem Maße von der sozialen Herkunft abhängen. Dass die Schule die Chancengleichheit noch verschärft, anstatt die Benachteiligten zu fördern, ist im 21. Jahrhundert

unfassbar. Dass die Bildungslaufbahn von den Schülern in der vierte Klasse entschieden wird, kritisieren inzwischen fast alle Bildungsexperten. Es hat eine lange und inhumane Tradition, dass die konservative bürgerliche Mittelschicht ihre Bildungsprivilegien verteidigt und ihre Kinder vor der Konkurrenz der Arbeiter- oder Migrantenkinder schützt, obwohl diese keinesfalls dümmer oder weniger lernfähig sind.

Die Linke vertritt eine andere Philosophie. Statt Auslese wollen wir die Förderung der Kinder und Jugendliche und Jugendlichen. Wir wollen, dass kein einziges Kind und kein einziger Jugendlicher im Bildungssystem hängen bleibt. Aus den gleichen Gründen lehnen wir auch Studiengebühren ab, die in Baden-Württemberg als eines der ersten Bundesländer eingeführt wurden. Schule muss soziale Nachteile ausgleichen. Dazu brauchen wir mehr und besser ausgebildete Lehrer. Für jeden der 5000 Junglehrer, die auf der Straße stehen und nicht in den Schuldienst übernommen werden, sollten Herr Oettinger und Herr Rau einen Besinnungsaufsatz schreiben. Thema: Wie mache ich in Baden-Württemberg ein besseres Bildungssystem?

Spickzettel gibt die Linke aus:

- Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems, stattdessen integrierte Gesamtschule
- Kleinere Klassen und mehr Lehrer
- Statt ehrenamtlicher Schulbegleiter/innen und kochenden Müttern professionelle Betreuung der Kinder und Jugendlichen
- Es ist doch unfassbar, dass es in einer der reichsten Regionen Europas nicht möglich ist, Kindern und Jugendlichen ein in öffentlichen Küchen gekochtes und gesundes Mittagessen auf den Tisch zu bringen. Stattdessen legt man lieber einen Bahnhof unter die Erde und gräbt milliardenteure Tunnels durch die Landeshauptstadt, um eine Fahrzeitverkürzung von zwei bis vier Minuten zu erhalten.

Peinlich für Baden-Württemberg ist es auch, wenn immer mehr Eltern bei der Caritas und den Sozialdiensten Hilfe suchen müssen, weil sie sich die Kosten für die Ausrüstung bei der Einschuldung nicht mehr leisten können, wie die SN berichteten. Betroffen sind meist Hartz IV-Bezieher, weil die Regelsätze für Kinder im Schulalter erheblich gesunken sind. Es ist entwürdigend, wenn Kinder schon beim Schulstart spüren müssen, dass ihre Eltern arm sind. Allein dafür müssten sich alle, die auch heute noch für die Hartz-Gesetze sind in Grund und Boden schämen. „Eigentlich müssten Stadt, Bund oder Land das Geld für dringend benötigte Schulstarter-Sets aufbringen und nicht Privatpersonen oder Unternehmen“, sagte eine Sozialarbeiterin dazu. Genau das forderten unsere Tübinger Genossen und Genossinnen bei ihrer Aktion zur Erstausrüstung für Schulanfänger.

Die soziale Auslese im Bildungswesen setzt sich später

fort. Hauptschüler finden kaum noch einen Ausbildungsplatz. Hauptschullehrer berichten entsetzt, dass von 30 Schülern einer Klasse gerade mal vier einen Ausbildungsplatz bekommen. Migrantenkinder sind besonders betroffen. Wer verhindern will, dass hier tausende von Jugendlichen ohne soziale Perspektive sind, dass geradezu ein Milieu für Rechtsradikalismus und auch Kriminalität geschaffen wird, der muss gegensteuern. Appelle an die Wirtschaft, doch mehr auszubilden, verhallen seit Jahren ungehört. Bundesweit muss die Ausbildungsabgabe her, aber hier in Baden-Württemberg muss ein Sofortprogramm zur Schaffung von Tausenden überbetrieblichen Ausbildungsstellen geschaffen werden.

Armut hat viele Gesichter und besonders schlimm ist es, wenn arme Menschen keine oder nur schwierig eine Wohnung finden. „Arme Menschen in Baden-Württemberg finden nach einer Untersuchung der Wohlfahrtsverbände immer schwieriger eine Wohnung. Außerdem wohnen Menschen in Armut häufig in Wohnung mit unterdurchschnittlicher Qualität und oft sogar in einer gesundheitsgefährdenden Umgebung. Grund sei, dass sich das Land Baden-Württemberg seit 1993 aus dem sozialen Wohnungsbau zurückgezogen hat. 600000 Menschen müssten in Baden-Württemberg derzeit mit weniger als 895 Euro pro Monat auskommen.

Die Linke sagt: Wohnen ist ein Menschenrecht. Jeder Mensch muss ein Recht auf eine angemessene Wohnung besitzen. Wohnen darf weder der Spekulation noch der privaten Profitwirtschaft unterworfen werden. Der soziale Wohnungsbau muss gefördert werden. Öffentliche Wohnungen dürfen nicht privatisiert werden. Genau aus diesen Gründen haben sich unsere Freiburger Genossen und Genossinnen aktiv am erfolgreichen Freiburger Bürgerentscheid gegen die Privatisierung von städtischen Wohnungen beteiligt.

Wer über Armut redet, muss auch über den Reichtum reden. Denn die Linke ist die einzige Partei in Deutschland, die offensiv und konsequent für die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von Oben nach Unten eintritt. Noch nie gab es in Deutschland so viele Euro-Milliardäre wie 2007, so das Manager-Magazin. Besonders viele Familien und Unternehmer aus dem Südwesten finden sich auf der Liste der 100 reichsten Deutschen. Darunter die Familie Porsche/Piëch, der SAP-Gründer Dietmar Hopp, Schraubenkönig Reinhold Würth, Bosch, Voith, Stihl, Mann, Schlecker, Kärcher und Behr, Hubert Burda, Berthold Leibinger und auch Dieter Schwarz. Dieser in Heilbronn angesehene Milliardär, hat sein Riesenvermögen mit dem Lidl-Konzern zusammengerafft. Lidl steht für billig, billige Produkte durch Preisdrückerei auf die Erzeuger, Ausbeutung der Beschäftigten und Missachtung der Gewerkschaftsrechte. Die Bildung von Betriebsräten wird mit nahezu allen Mitteln verhindert, damit Willkür und Rechtlosigkeit aufrechterhalten werden können. Wir gratulieren den Kolleginnen bei Lidl in Stuttgart Feuerbach, dass sie es ganz aktuell trotzdem geschafft haben, einen Betriebsrat zu wählen.

Unter den zehn Reichsten tummeln sich einige Besitzer von Handelskonzernen, wie Schlecker, Schwarz, Haniel, Besitzer von Metro und Eriwan Haub, Tengelmann. Sie haben mit ihren Konzernen Milliarden geschneidelt, aber ihre Beschäftigten wissen nicht, wie sie von ihren mickrigen Löhnen leben sollen. Seit neun Monaten haben die Einzelhandelsarbeitgeber den Manteltarifvertrag in Baden-Württemberg gekündigt. Ihr Ziel, alle Zuschläge für Spätöffnungs-, Nacht-, Samstags-, Sonn-, Feiertags- und Mehrarbeit sollen komplett gestrichen werden, damit die Läden kostengünstig rund um die Uhr öffnen können. 180 Euro weniger macht das bei einer Verkäuferin in Vollzeit aus. Dazu verweigern die Milliardäre seit März jegliche Lohn- und Gehaltserhöhung. Dagegen streiken die Verkäufer/innen die nächsten Wochen in ganz Baden-Württemberg. Wir erklären uns mit eurem Kampf solidarisch und stehen fest an eurer Seite.

Aber nicht nur die Verkäuferinnen verdienen wenig.

U.a. als Folge der Agenda 2010-Politik greift der Niedriglohnbereich, wie ein Krebsgeschwür auch im Hochlohnland Baden-Württemberg um sich. Löhne unter 7 Euro im Bewachungsgewerbe, im Hotel- und Gaststättengewerbe und bei den privaten Briefzustellfirmen sind keine Seltenheit. Wir kennen Kollegen/innen der Schwabenpost, ein privates Briefzustellunternehmen der Stuttgarter Zeitungsgruppe, die mit einem Stundenlohn von 3 bis 4,50 Euro abgespeist werden. Als Kollegen einen Wahlvorstand zur Durchführung von Betriebsratswahlen bildeten, wurden sie gekündigt. Häufiger Auftraggeber dieser Billigheimer sind Kommunen und Unternehmen der öffentlichen Hand. Die Linke fordert, dass diese Praxis sofort beendet werden muss. Öffentliche Einrichtungen und Kommunen dürfen nicht zur Armut trotz Arbeit beitragen. Keine Aufträge an Firmen, die sittenwidrige Löhne zahlen und den ortsüblichen Tarif unterschreiten. Solche Firmen müssen öffentlich geächtet werden. Außerdem kämpfen wir weiter für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes von 8 Euro plus, wobei das plus bei den gestiegenen Lebenshaltungskosten eher bei 10 als bei 8 Euro liegen muss.

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Genossinnen und Genossen,

eines der wichtigsten Projekte unserer Partei wird die Vorbereitung der Kommunalwahlen 2009 in Baden-Württemberg sein. Unser Ziel ist völlig klar. Nach diesen Wahlen sitzen die etablierten Parteien in jeder Großstadt, in den meisten Kreisstädten und in einigen Kommunen Gemeinderäten der Linken gegenüber und müssen sich mit ihnen auseinandersetzen, ob sie wollen oder nicht. Nach diesem Parteitag müssen wir schnell an einem kommunalpolitischen Programm arbeiten. Aber heute schon sind die Umrisse linker Politik in den Kommunen sichtbar.

- Keine Privatisierung öffentlicher Einrichtungen und Dienstleistungen. Im Gegenteil, das System der öffentlichen Daseinsvorsorge muss ausgebaut und bereits privatisierte Bereiche sollen rekommunalisiert werden.

- Dazu gehören auch die Energieversorgungsunternehmen, die mit ihrer nahezu monopolartigen Stellung den Bürger/innen das Geld aus der Tasche ziehen. Für die ökologisch dringend notwendige Umsteuerung bei der Energiepolitik und für eine sozial gestaffelte Preispolitik müssen die Energiekonzerne dringend wieder öffentliche Energieversorgungsunternehmen werden.

- Wir wollen den Sozialpass für Erwerbslose und sozial bedürftige Menschen.

- Wir wollen den zügigen Ausbau von Kinderkrippen und Kindertageseinrichtungen.

- Wir stehen für wohnortnahe Gesundheitsversorgung statt der Schließung von Krankenhäusern in der Fläche durch eine völlig verfehlte Gesundheitspolitik

- In Schulen und Sozialeinrichtungen muss mehr Geld gesteckt werden. Es kann doch nicht sein, dass unseren Kindern Toiletten zugemutet werden, die seit 20 Jahren nicht mehr renoviert werden, die Farbe von den Wänden blättert, Schulhöfe, wie Betonwüsten aussehen. Da mussten die Rektoren in Stuttgart Nachbesserungen beim Haushalt einfordern, weil es an naturwissenschaftlichen Räumen, Computern, Schulsekretärinnen und Schulsozialarbeiter/innen hinten und vorne fehlt, und das in der reichsten Großstadt Deutschlands.

- Wir wollen mehr direkte Demokratie, Bürgerentscheide und Bürgerbegehren. Die in Ba-Wü hohen Hürden müssen fallen. Wir unterstützen bewusst die Initiative für einen Bürgerentscheid zu Stuttgart 21.

- Statt fraglicher Milliardenprojekte wie Stuttgart 21 wollen wir mehr Geld für Soziales. Großprojekte, die dem Gigantomiedenken im Shareholderkapitalismus entspringen, kosten irrsinnige Summen und bringen soviel wie keinen Gewinn an Wohlstand und Lebensqualität für die Mehrheit der Bevölkerung. Statt milliardenteurer Hochgeschwindigkeitsstrecken wollen wir den Ausbau des öffentlichen Perso-

nennungsverkehr. Bahnstrecken wie von Tübingen nach Stuttgart, am Bodensee oder viele weiteren Strecken im Ländle dürfen nicht ausgedünnt, im Gegenteil sie müssen aus ökologischen und sozialen Gründen ausgebaut werden. Die Bahn muss in öffentlicher Hand bleiben. Das fordern inzwischen auch viele Bürgermeister und Kommunen, die um ihre Verkehrsanbindung bangen.

- Wir wollen mehr Geld für die Kommunen, für Wohnort- und lebensnahe öffentliche Versorgung.

Wir sind überzeugt, dass wir mit diesen Positionen die Interessen der überwiegenden Mehrheit der Baden-Württemberger vertreten. Sie müssen nur erfahren, was die Linke macht und vertritt. Da wir von den Medien häufig stiefmütterlich behandelt werden, müssen wir das selbst tun. Durch eigene bürgernahe Infos und Aufklärung. Wir sind keine Hinterzimmerpartei, sondern wirken in die Gesellschaft hinein. Wir stehen an der Seite derjenigen, die um ihre sozialen Interessen und demokratischen Rechte kämpfen. Und wir sind eine Partei, alle Mitglieder und Interessierten zum Mitmachen einlädt. Bei uns sollen die Mitglieder, die Kreis- Orts- und Landesverbände das Sagen haben. Wir wollen kontrovers aber solidarisch diskutieren und keine Parteitagsinszenierungen, wie bei den etablierten Parteien. Wir haben noch deutliche Defizite bei den Frauen und Jugendlichen. Daran werden wir arbeiten.

Menschen sind soziale Wesen. Das stellten vor Kurzem auch Verhaltensforscher des Leipziger Max-Planck-Institutes fest. Unter der Überschrift „Schimpansen nehmen unfaire Angebote an – nur Menschen verzichten auf den eigenen Vorteil aus Gründen der Gerechtigkeit“, schreibt die „Welt“ kürzlich: „Im Gegensatz zum Menschen nehmen Schimpansen alles, was sie kriegen können – auch wenn sie dabei auf ein unfaires Angebot eingehen müssen. Menschen dagegen tun dies nicht: Sie ächten unfaire Angebote, auch wenn sie dabei selbst auf einen Gewinn verzichten müssen.“ Ändern tut sich das, wenn der Gewinn bei mehr als 40 bis 50 % der Gesamtsumme liegt. Diesen Zustand haben wir leider im Shareholderkapitalismus häufig erreicht. Weil Menschen soziale Wesen sind, brauchen sie zu ihrer Entfaltung eine soziale, demokratische, ökologische und solidarische Gesellschaft.

Der Shareholderkapitalismus ist nicht das letzte Wort der Geschichte, auch nicht in seiner behäbiger daherkommenden Form in Baden-Württemberg. Unser Ländle braucht eine starke Linke. Wir sind gerade dabei sie aufzubauen. Ich wünsche dem Gründungsparteitag lebendige und konstruktive Diskussion, überzeugende Wahlen und vorwärtstreibende Beschlüsse. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

An alle Mitglieder – an alle Beitragszahlende

ACHTUNG - ACHTUNG - ACHTUNG

Liebe Genossinnen und Genossen,

Alle Mitglieder, die ihren Jahresbeitrag 2007 noch nicht bezahlt haben, bitten wir darum, dies bis Jahresende nachzuholen. Der Mindestbeitrag ist 1.50 Euro pro Monat, das heißt: 18 Euro pro Jahr. Nach Beitragstabelle schätzen sich die Mitglieder entsprechend Einkommen selbst ein. Beitragspflicht gilt für alle Mitglieder! Befristete Ausnahmen werden auf Antrag vom jeweiligen Kreisvorstand oder dem Landesvorstand beschlossen. In Umsetzung der neuen Bundesfinanzordnung werden die Mitgliedsbeiträge zukünftig auf Landesebene gezahlt und eingezogen und verbleiben im Landesverband.

An die ehemaligen WASG-Mitglieder des Landesverbandes DIE LINKE, die Ihre Beiträge noch weiter an das Konto und die Abrechnungsstelle in Fürth gezahlt haben:

1. Bitte umstellen, alle Beitragsüberweisungen und Daueraufträge ab sofort auf das Konto des Landesverbandes Baden-Württemberg einzahlen:

DIE LINKE. Baden-Württemberg, Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70, Konto 289582700.

2. Bitte Beitragszahlungen möglichst per Lastschriftinzug durchführen. Dazu gebt Ihr dem Landesvorstand mit untenstehendem Formular die Vollmacht, Euren Beitrag in der von Euch bestimmten Höhe regelmäßig bis auf Widerruf oder Änderung durch Euch von Eurem Konto abzubuchen.

Bei dieser Gelegenheit bitte ich alle Mitglieder, die Beitragshöhe zu überprüfen und – wenn möglich – nach oben anzupassen. Beiträge und Spenden werden nach Ablauf des Kalenderjahres bescheinigt und können steuerlich geltend gemacht werden.

Geschäftsführender Landesvorstand

A. C. Cornides (Landesschatzmeister)

Einzugsermächtigung

Mit dieser Einzugsermächtigung ist der Landesverband der Partei DIE LINKE Baden-Württemberg bis auf Widerruf berechtigt, meinen ab _____ fälligen monatlichen Mitgliedsbeitrag für DIE LINKE in Höhe von _____ Euro und meinen Jahresmitgliedsbeitrag für die Partei der Europäischen Linken (EL) jeweils im Monat Mai in Höhe von _____ Euro von unten stehendem Konto abzubuchen.

Name, Vorname des Mitglieds _____ Geburtsdatum _____

Wohnanschrift (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort) _____

Landesverband _____ Gebietsverband _____

Bankleitzahl _____ Kontonummer _____

Name und Ort des Geldinstituts _____

Name und Unterschrift des Kontoinhabers/der Kontoinhaberin (wenn abweichend vom Mitglied) _____

Ort und Datum _____ Unterschrift des Mitglieds _____

DIE LINKE.

BADEN-WÜRTTEMBERG

Landesgeschäftsstelle

DIE LINKE. Baden-Württemberg, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart. Tel 07 11-24 10 45 oder 0711-2 29 39 42, Fax 07 11 - 24 10 46. info@die-linke-bw.de, www.die-linke-bw.de. Montag bis Freitag 13 Uhr bis 18.30 Uhr

Landesvorstand

DIE LINKE. Baden-Württemberg, Landesvorstand, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart
 Bernd Riexinger, Tel.: 0711-639711, eMail: B.Riexinger-Wahlalternative@web.de
 Bernhard Strasdeit, Telefon: (07071)-21534, Mobil: 0171-1268215, Fax: (07071)-23946, strasdeit@t-online.de
 Elke Lison, Telefon: (07127) 890269, elson@swol.net
 Franz Groll, Tel. 07056-2391, franz.groll@gmx.de
 Ursula Schorlepp, usasg@web.de

Landesschatzmeister

Christoph Cornides, Briefe bitte: c/o DIE LINKE. Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart, Telefon (0621)331650, Fax (0621) 331656, christoph.cornides@t-online.de

Landesschiedskommission

Anträge und Stellungnahmen an die Landesschiedskommission bitte über die Postadresse des Landesverbandes.

Spenden und Beiträge

DIE LINKE. Baden-Württemberg
 Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70
 Konto 289582700

Kontakte zu den Kreisverbänden der LINKEN

Baden-Baden/Rastatt

Dieter Hitscherich, 76532 Baden-Baden, 07221-991592, der.hit@web.de

Biberach

Herbert Wilzek, 88427 Bad Schussenried, 07583/1451, herbert.wilzek@gmx.de, www.die-linke-biberach.de

Bodensee

Gottfried Heil, Tel.: 07541/85097 oder Hans Schmidt, Tel.: 07541/58998, Mail: gottfried.heil@t-online.de oder hh_schmidt@t-online.de

Böblingen

Harry Ladwig, Tel.: 07152/52368, Mail: post@linke-bb.de, Net: www.linke-bb.de

Breisgau/Hochschwarzwald

Louis Runge, Grißheimerweg 30, 79423 Heitersheim, Tel.: 07634/507750, dielinke-breisgau@t-online.de; Irmgard Koll, Zunzinger Str. 7a, 79379 Müllheim, Tel.: 07631/170263

Calw

Hans-J. Drebber, Forststr. 42/1, 75382 Althengstett, Tel.: 07051/3516, Mail: all-prohandel@web.de

Emmendingen

Alexander Kauz, August-Faller-Str. 7a
 79183 Waldkirch, Tel: 07681-23143
 Mail: info@die-linke-emmendingen.de

Esslingen

Halil Türk, Tel.: 0771/ 4569826, Mail: 2814-38@online.de

Freiburg

DIE LINKE. Freiburg/Regionalbüro, Greifenegggring 2, 79098 Freiburg, Tel: 0761-4510292, Mail: info@dielinke-freiburg.de, Net: www.dielinke-freiburg.de

Freudenstadt

Hans-Ulrich Büniger, Sandgrube 15, 72270 Baiersbronn, Tel.: 07442/120961, Mail: hubuenger@gmx.net

Göppingen

Herbert Eckhoff, 73312 Geislingen a.d.St, 07331/66520, herbert.eckhoff@t-online.de

Heidelberg / Rhein-Neckar

Heinrich Müller, Hinter der Mühle 15, 69226 Nußloch, Tel.: 06224/16937, mobil: 0177 4008790, Mail: henri.mueller@online.de, Net: www.dielinke-hd-rn.de

Heidenheim

Hasan Cildir, 89522 Heidenheim, 07321-22 975, hasan.cildir@abacho.de

Heilbronn

Hasso Ehinger, 74078 Heilbronn, 07131/910366, ehinger.hasso@web.de, Johannes Müllerschön, Alte Saline 1, 74254 Offenau, Tel. 07136-4280, heilbronn@linkspartei-bw.de.

Hohenlohe /Schwäbisch-Hall

Ernst Kern, Ernst-Schmid-Str. 7, 74653 Ingelfingen, Tel.: 07940/ 7994 , Mail: Ernst-Kern@gmx.de.

Jochen Dürr, Zur Hohen Waag 12, 74523 Schwäbisch Hall, Tel (0791) 5 4118, Fax (07 91) 55178, Mail: jochenduerr@freenet.de

Karlsruhe

DIE LINKE. Karlsruhe, Kreuzstr. 4, 76133 Karlsruhe, Mail: info@dielinke-ka.de, www.dielinke-ka.de, Tel: 0721-35489342

Konstanz

Jürgen Geiger, Kindlebildstr. 10A, 78467 Konstanz, eMail: pds-LL@gmx.de

Lörrach

Manfred Jannikoy, Lörrach, Tel.: 07621/705211, Mail.: m.jannikoy@t-online.de

Ludwigsburg

Hans-Jürgen Kemmerle, 71642 Ludwigsburg, 07141/57320, kemmerle_ludwigsburg@yahoo.de, Ursula Genswürger, Ludwigsburg, Tel.: 07141/ 58209

Main-Tauber

Rolf Grüning, 97941 Tauberbischofsheim, Tel. 09341/600366, Mail: rechtsanwalt-Gruening@t-online.de

Mannheim

Regionalbüro Mannheim: B2 14, 68159 Mannheim. Kreisverband: Tel:0621/1227218 (mit AB) Mail: info@dielinke-ma.de
 Monika Knoch, Maienweg 12, 68305 Mannheim, Tel.: 0621/752214, mo.knoch@freenet.de; Thomas Trüper, Am Brunnengarten 24, 68169 Mannheim, Tel.: 0621/303695, Mail: ttrueper@aol.com

Neckar-Odenwald-Kreis

Burkhard Malotke, In der Heinrichsburg 12/6, 74821 Mosbach, Tel 06261-619655

Ortenau

Thomas Heidt, 77855 Achern, Tel.: 07841/280138, tom-andi@t-online.de; Karl-Martin Matt, Weidenstr. 30, 77871 Renchen, Tel.: 07843-84146, druckwerkstatt-renchen@t-online.de

Ostalb

Roland Hamm, 73431 Aalen, 07361-35945, roland.hamm@gmx.de,

Pforzheim

Claus Spohn, 75177 Pforzheim, 07231/359230, claus.spohn@online.de

Ravensburg

Mirco Kolarcik, Tel.: 0751/ 94843, Mail: info@linkspartei-ravensburg.de, Net: www.linkspartei-ravensburg.de

Rems-Murr

Reinhard Neudorfer, Fronackerstr. 18, 71332 Waiblingen, Tel. 07151-54806, Fax -563254. Mail: ckramer-neudorfer@online.home.de; Gabriele Grosse, 73630 Remshalden, Tel.: 07151/271960, Mail: c, Web: www.die-linke-remms-murr.de.vu

Reutlingen

Elke Lison, Telefon: (07127) 890269, elson@swol.net

Schwarzwald-Baar-Heuberg

Nagy Enikö Riek, Rottweil, Mail: eniko-enagy@web.de, Max Kaufmann, Tuttlingen, Mail: max-kaufmann.tut@t-online.de, Tel.: 07461/7443

Sigmaringen

Rainer Kaltofen, 88356 Ostrach, Tel. 07585-935296; Thomas Krauss, 72519 Veringenstadt, Tel. 07577-926486, eMail mail@der-eichi.de

Stuttgart

DIE LINKE. Kreisverband Stuttgart, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart, Tel.: 0711/72236848, Fax 0711/72236849, eMail: info@die-linke-stuttgart.de;

Tübingen

Dr. Emanuel Peter, 72108 Rottenburg a.Neckar, 07472-42096, emanuelpeter@gmx.de

Ulm / Alb-Donau

Regionalbüro Ost-Württemberg, Lindenstr. 27, 89077 Ulm. Tel.: 0731/3988823, Fax /3988824, mobil über: Walter Kubach, 016090792292.

Waldshut

Paul Barrois, 79733 Görwihl, Tel.: 07754/929243, Mail: paul.barrois@web.de, Net: www.die-linke-kv-waldshut.de, Friedrich Gebhard, 79771 Klettgau, mail: ankabafri@t-online.de

Zollernalb

Xenia Berger, 72351 Geislingen, 07428/918244, xenia.berger@vera-cruz.net

Arbeitsgemeinschaften

AG Antifa

Reinhard Neudorfer, Adresse s. Rems-Murr.

AG Bildung

Erhard Korn, 71711 Steinheim/Murr, Tel.: 07144-23431, eMail: eukorn@web.de

AG Frieden

Elke Lison, Telefon: (07127) 890269, elson@swol.net
Thomas Mitsch, 73249 Wernau, 07153/614699, mitsch.thomas@web.de

AG Frauen

Silvia Ofori, 74523 Schwäbisch Hall, Tel.: 0170/5842439, eMail: Silvia.Ofori@t-online.de

AG Betrieb und Gewerkschaften

Hasso Ehinger, 74078 Heilbronn, 07131/910366, ehinger.hasso@web.de

AG Gesundheit und Soziales

Prof. Dr. Lothar Schuchmann, 79100 Freiburg i. Breisgau, Tel.: 0761/131516, Fax: 0761/135871, eMail: lothar_schuchmann@gmx.de

AG Queer

Christian Stähle, Tel. 0711-5203772, Fax 0711-6581782, eMail: c.staehle@linkspartei-stuttgart.de

AG Umwelt- und Ressourcenpolitik

Anne-Maika Rahlfs, Tel.: 0176 24293221, eMail: annerahlfs@web.de
Franz Groll, Tel. 07056-2391, franz.groll@gmx.de

Geraer Dialog / Sozialistischer Dialog

Joachim Kayser, Eisenbahnstraße 120, 72072 Tübingen, Tel. 07071-32498

Kommunistische AG

Jürgen Geiger, Adresse siehe Konstanz.

Hochschulgruppen

DIE LINKE.SDS

FREIBURG: edmond@jaegerhome.de
KARLSRUHE: daniel.bruns@stud.uni-karlsruhe.de

TÜBINGEN: www.tuebingen.solid-bw.de

HEIDELBERG: heidelberg@solid-bw.de

STUTTGART: stuttgart@solid-bw.de

KONSTANZ: Mirco.Kolarczik@uni-konstanz.de

LANDESKOORDINATION: DIE LINKE.SDS, Kreuzstr. 4, 76133 Karlsruhe, Tel: 0721 35 48 93 41, info@solid-bw.de, www.linke-hochschulgruppen.de

Jugendverband Linksjugend [‘solid]

Linksjugend [‘solid] Landesgeschäftsstelle
Kreuzstr. 4, 76133 Karlsruhe, Tel: 0721-3548 9341, info@solid-bw.de, www.solid-bw.de

Europabüro Tobias Pflüger

Hechinger Strasse 203, 72072 Tübingen
Email: mail@tobias-pflueger.de
Tel: 07071-7956981, Fax: 07071-7956981
homepages: www.tobias-pflueger.de,
www.linkspartei.pds-europa.de

Linke in Gemeinderäten

Karlsruhe

Niko Fostirooulos, Die Linke., Haus der Fraktionen, Hebelstr. 13, 76133 Karlsruhe, Tel. 0721-386409, Fax 0721-386410, stadtrat@pds-karlsruhe.de.

Konstanz

Vera Hemm, Linke. Liste Konstanz, Gartenstr. 33, 78462 Konstanz

Stuttgart

Ulrike Küstler, Die Linke, Rathaus, Marktplatz 1, 70173 Stuttgart, Tel. 0711-2 62 99 51, Fax 0711-2 62 99 52, ulrike.kuestler@stuttgart.de, www.stuttgart.de/die-linke

Tübingen

TÜLL (Tübinger Linke/Linkspartei) in Gemeinderat und Kreistag, Am Lustnauer Tor 4, 72070 Tübingen, www.tuebingen-linke.de. Gerlinde Strasdeit (Stadträtin) und Bernhard Strasdeit (Kreistrat), Tel. 07071-21534, Fax: -23946, strasdeit@t-online.de • Anton Brenner (Stadt- und Kreistrat), Tel. 07071-40450, Fax: -49992, Mail: AntonBrenner@t-online.de • Bernd Melchert (Stadtrat), Tel. 07071/78689, Mail: bernd.melchert@

DIE LINKE.

B A D E N - W Ü R T T E M B E R G

walter-ag.de • Edeltraud Horn-Metzger (Stadträtin), Tel. 07071/23848, Traudel.Horn-Metzger@gmx.de

Mannheim

Gudrun Kuch, Linke Liste Mannheim, Tel: 0621/ 293-9585 Fax: 0621/ 293-9595, Rathaus E 5, 68159Mannheim. Öffnungszeiten: Mo bis Do 9–12.30 Uhr und nach Vereinbarung. E-mail: gudrun.kuch@mannheim.de

Bundestagsabgeordnete

Wahlkreisbüro Ulrich Maurer

Marienstraße 3a, 70178 Stuttgart. Tel. 0711-2293227. Fax: 0711-2293228. ulrich.maurer@wk.bundestag.de. www.ulrich-maurer.de

Wahlkreisbüro Heike Hänsel

Tübingen: Linkes Forum, Am Lustnauer Tor 4, 72074 Tübingen, Tel. 07071/208810, Fax: 07071/208812. heike.haensel@wk.bundestag.de, www.heike-haensel.de

Freiburg: Heike Hänsel MdB, c/o Bürogemeinschaft Freiburger Linke, Greiffenegring 2, 79098 Freiburg, Tel. 0761/4510292 freiburg@heike-haensel.de

Wahlkreisbüro Karin Binder

Kreuzstraße 4, Eingang Zirkelhof, 76133 Karlsruhe Tel: (0721) 3548 575 (mit AB), Fax: (0721) 3548 9396. Mail: karin.binder@wk.bundestag.de, www.karin-binder.de .

News +++ News +++ News

Mit dem **wöchentlichen Newsletter** bleiben Sie immer auf den Laufenden und erfahren als Erstes die wichtigsten Neuigkeiten über die Arbeit der Partei DIE LINKE.

Jetzt kostenfrei abonnieren unter:
<http://newsletter.die-linke.de>

DIE LINKE.

Veranstaltungen, Termine, Hinweise

■ Jahresabschlussfeier in Ulm

Freitag 21. Dezember um 19 Uhr (Einlass ab 18.30 Uhr). Ulm, Gaststätte „Blauflesch“, Lindenstraße 2 (Nähe Westplatz). Die Jahresabschlussfeier wird gemeinsam veranstaltet von den Kreisverbänden Günzburg/Neu-Ulm und Ulm/Alb-Donau mit Redebeitrag von Bernd Riexinger (Landessprecher der LINKEN Baden-Württemberg). Gemeinsames Essen, gemütliches Beisammensein, Unterhaltung von der Gruppe „Knulp“. Das Essen und Trinken muss leider selbst bezahlt werden. Für die Musiker und die Unkosten bitten wir am Abend um eine kleine Spende. Anmeldung erwünscht bei: Walter Kubach Tel.: 015112167805 / 0731 3988823; Remo Fazzini Tel.: 0731 35805; gegebenenfalls bitte auf den Anrufbeantworter sprechen oder per eMail an: walter.kubach@t-online.de.

■ Neujahrsempfang in Tübingen

Am Samstag, **12. Januar** 2008 um 17 Uhr lädt die LINKE Tübingen herzlich ein zum Neujahrsempfang der

Tübinger Europa- und Bundestagsabgeordneten, Kreis- und Stadträte ins Bürgerheim Tübingen, Schmiedtorstr. 2. Beginn 17 Uhr.

■ Unterstützung für den Landtagswahlkampf in Hessen

In Hessen sind am 27. Januar 2008 Landtagswahlen. Die neue Partei hat erstmals die Chance, in einem westdeutschen Flächenbundesland in den Landtag zu kommen. Kreisverbände und Mitglieder bitten wir: prüft, ob und wo Ihr Unterstützung leisten könnt. Das funktioniert entweder über bestehende direkte Kontakte zu Kreisverbänden in Hessen oder über Meldungen an uns. Insbesondere über die Weinheimer wird die Unterstützung bislang organisiert. Vor allem für zwei Januarwochenende werden HelferInnen gesucht: **7. bis 11. Januar:** Aufhängen der zweiten Plakatwelle. **12. und 13. Januar:** Verteilung von 1.000.000 Bürgerbriefen. Reisekosten, Unterkunft und ggf. Verpflegung klären wir mit dem hessischen Landesverband ab. Meldet Euch: bei Carsten Labudda (Weinheim): 06201-876758 oder im Landesbüro, Stuttgart: Bernhard Strasdeit, 0171-1268215 oder im Karlsruher Büro: bei Gregor Mohlberg, 0176-51038621

Vormerken: 16. Februar 2008 Eckpunkte einer linken Kommunalpolitik in Baden- Württemberg

Mit diesem Thema lädt das **Forum Linke Kommunalpolitik in Baden-Württemberg e.V.** ein zur Veranstaltung und Mitgliederversammlung am **16. Februar 2008**, 13.30 Uhr bis 17 Uhr, in **Stuttgart**, Kronenstr. 10 (Verdi-Landesbezirk, Nähe Hauptbahnhof).

Bitte merkt Euch den Termin vor! Eine ausführliche Einladung und eine Vorlage zur Diskussion werden Mitte Januar an die Vereinsmitglieder und Interessenten verschickt.

■ Landesarbeitsgemein- schaft Friedenspolitik

trifft sich am Sonntag, **13.1.2008** um 16 Uhr in der Landesgeschäftsstelle in der Marienstr. 3A, **Stuttgart**. Neben der Konkretisierung unserer Vernetzung untereinander und mit der Landesarbeitsgemeinschaft wollen wir uns hauptsächlich mit der Planung unserer Aktivitäten für das Jahr 2008 beschäftigen. Alle Interessierte sind herzlich eingeladen. Wir wünschen ein harmonisches Weihnachtsfest und ein friedliches Neues Jahr.

■ Landesarbeitsgruppe Frauenpolitik

Freitag, 18. Januar, 16 Uhr, Landesbüro **Stuttgart**, Marienstrasse 3 A. Planung der Arbeit in 2008. Kontakt: Silvia Ofori, Lange Str. 31, 74523 Schwäbisch Hall, Tel. 0791-6106; mobil 0170-5842439

■ Politischer Ascher- mittwoch in Stuttgart

Mittwoch, 6. Februar 2008 19 Uhr. Altes Feuerwehrhaus Heschl, Großer Saal Möhringer Straße 56, erreichbar mit der U 14. Mit Inge Höger (MdB), Ulrich Maurer (MdB), Jan Korte (MdB) + Kulturprogramm. Für günstige Speisen und Getränke ist gesorgt.

■ Selbstbestimmte Be- hindertenpolitik

Am **16.2.2008** findet in **Tübingen** die offizielle Gründung der Landesarbeitsgemeinschaft „Selbstbestimmte Behindertenpolitik“ statt.

Diese Landesarbeitsgemeinschaft wird sich mit behindertenspezifischen Themen in den einzelnen Politikfeldern beschäftigen und sich aktiv in die bevorstehenden Wahlen (Kommunal-, Europa-, Bundestags-, und Landtagswahl) einmischen. Wichtige Themen werden dabei sein, die Verankerung eines unabhängigen Behindertenbeauftragten in jeder größeren Kommune, die Verbesserung der ambulanten und stationären Pflege, Schaffung eines neuen Schulsystems („Schule für Alle“), Verbesserungen im Landesgleichstellungsgesetz, usw. Um diese Ziele zu erreichen zu können, brauchen wir eine starke Landesarbeitsgemeinschaft „Selbstbestimmte Behindertenpolitik“. Hierfür suchen wir noch weitere Mitstreiter und Mitstreiterinnen. Zur Vorbereitung dieser Gründung treffen wir uns am 13.1.2008 von 12 bis 16:00 Uhr in den Räumen des CBF, Neustadtgasse 2, 72070 Tübingen. Kontakt: Stephan Lorent, Mömpelgarder Weg 4, 72072 Tübingen, Tel.: 07071-639426; Handy: 0160-92431802; slorent@gmx.de.

PROTEST UND WIDERSTAND GEGEN DIE NATO- SICHERHEITSKONFERENZ

Unterzeichnet
möglichst bald
den umseitigen
Aufruf und
schickt uns
den unteren
Abschnitt zu!

8./9. 2. 2008
IN MÜNCHEN



Wir bitten um Unterstützungsbeiträge,
pro Gruppe 50,-, 100,- Euro oder
auch mehr auf unser Bündniskonto:

Martin Löwenberg
Kto. Nr. 28 26 48 02
BLZ 700 100 80,
Postbank München
Kennwort: „Siko 2008“

Infos: www.no-nato.de
www.muenchen-gegen-krieg.de
www.muenchner-friedensbueundnis.de

Für den 8. und 9. Februar rufen verschiedene Friedensgruppen und andere auf zu Protest und Widerstand gegen die Nato-Sicherheitskonferenz. Näheres bei www.muenchen-gegen-krieg.de

Hier
ist
DIE LINKE.